Zeitschrift: Beiträge zur Aargauergeschichte
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 7 (1998)

Artikel: Der Bezirk Kulm zur Zeit der Helvetik
Autor: [s.n.]
Kapitel: IV.: Die Reaktion
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-110340

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

IV. Die Reaktion

1. Politische Wirren in der Helvetischen Republik

Die Männer an der Spitze des helvetischen Staates waren alles andere als ein Herz und eine Seele. Es gab persönliche Kämpfe um Macht und Einfluss. Es gab aber auch politische Meinungsverschiedenheiten. Als der Kriegslärm des Jahres 1799 verklungen war, erschütterten mehrere Staatsstreiche das helvetische Gefüge und krempelten es um. Das Direktorium wurde schon im Januar 1800 durch einen Vollziehungsausschuss, später durch einen Vollziehungsrat ersetzt. Auch das Parlament bekam ein anderes Gesicht, und es stellte sich die Frage, wie die entwertete helvetische Verfassung zu erneuern sei. Darüber stritten zwei Lager, die sich immer deutlicher herauskristallisiert hatten: die Unitarier, Anhänger des Einheitsstaates, und die Föderalisten, Freunde eines föderativen Aufbaus. Obwohl aber die Unitarier-Partei die obersten helvetischen Behörden beherrschte, entschied nicht sie über die künftige staatliche Ordnung, sondern nochmals Frankreich, genauer sein neuer Machthaber, der Erste Konsul Napoleon. Mit der von ihm entworfenen sogenannten Verfassung von Malmaison verabschiedete er im Frühjahr 1801 den Einheitsstaat und gab den Kantonen einen Teil ihrer Eigenverwaltung zurück. Allerdings blieben die Befugnisse der Zentralgewalt stark, und das Föderativsystem war weiterhin «in die Fesseln einer zentralistischen Befehlsverwaltung geschlagen» (A. Gasser)[1].

Bestrebungen zur Wiedervereinigung mit Bern

Nun witterten Kräfte Morgenluft, die am liebsten überhaupt die alten Zustände wiederhergestellt hätten. Die aristokratische Partei im Aargau betrieb den Wiederanschluss an Bern. Denn dank dem Einsatz des Bruggers Philipp Albert Stapfer, des früheren helvetischen Ministers und jetzigen Gesandten in Paris, hatte der Aargau seine Eigenständigkeit gewahrt und sollte um den bisherigen Kanton Baden vergrössert werden. Regierungsstatthalter Feer blieb unter dem bisherigen Titel im Amt. Der geplante Zusammenschluss mit dem katholischen Baden gab den Bernfreunden aus konfessionellen Gründen noch Auftrieb[2]. Sie bauten für ihre Zwecke eine den ganzen ehemaligen Berner Aargau umspannende *Geheimorganisation* auf. Das geht aus einem Dokument aus privatem Nachlass hervor, welches uns einen direkten Einblick in das Hintergrundwirken der aristokratischen Kreise bietet. Bezeichnend sind die einleitenden Worte: «Um den den Bewohnern des Untern Argaus so sehr am Herzen liegenden Wunsch, mit dem Muter Kanton Bern wieder vereinigt zu werden, zu erzweken, hat sich in

Zofingen ein Central-Comité gebildet.» Man stellte den Wunsch des Volkes in den Vordergrund – der weitherum tatsächlich existierte – , nicht etwa eigene Interessen. Auf den Rückhalt in der Bevölkerung war man ja auch angewiesen. Das Comité in Zofingen hatte «bey wichtigen Fällen» Versammlungen aller Eingeweihten zu veranstalten. Vor allem aber war es als Informationszentrale gedacht, welche alle die Wiedervereinigung betreffenden Nachrichten und Weisungen entgegennahm und im Kanton weiterverbreitete. Damit die Übermittlung funktionierte, wurde in jedem Bezirk ein «Mitelpunct» geschaffen. In den Bezirken Zofingen, Lenzburg und Brugg befand er sich bei Mitwirkenden in der Hauptstadt, im Bezirk Aarau im Pfarrhaus von Veltheim – das Schenkenbergertal war Teil des Aarauer Distrikts – , im Bezirk Kulm im Schloss Schöftland. Der Schlossherr Ludwig May gehörte mit zu den Verschwörern der ersten Stunde, die sich feierlich und «auf Ehrenmanns Wort» gelobten, mit der gebotenen Vorsicht, Klugheit und Verschwiegenheit der gemeinsamen Sache zu dienen. Zukünftige neue Mitglieder durften nur mit Zustimmung aller bisherigen aufgenommen werden. Aus Sicherheitsgründen führte man für die Beteiligten, aber auch für bedeutsame Ortschaften Decknamen ein, nicht besonders raffinierte, da sie die Anfangsbuchstaben beibehielten. Zofingen wurde zu Zurzach, Lenzburg zu Lausanne, Aarau zu Absolon und Kulm zu Kiburz. Meinte man das Central-Comité in Zofingen, sprach man von den Gebrüdern Zollikofer; Ludwig May hiess bei den Eingeweihten Manuel, sein Standesgenosse Ludwig Goumoens auf dem Brestenberg Godefroi[3].

Im Hinblick auf eine weitere Verfassungsänderung sammelten die Bernfreunde nun Unterschriften unter eine vielfach kopierte «Adresse», welche sie mit dem Wunsch der Wiedervereinigung an den französischen Gesandten Reinhard zu richten gedachten. Das Schreiben begann mit den Worten: «Seit bald 400 Jahren ware der jezige Canton Argau dem Canton Bern einverleibt, und wan deßen Einwohner schon als underthanen angesehen wurden, so ware die behandlung der Regierung nicht despotisch, nicht trukend, sondern vätterlich gerecht und klug, der Wohlstand dieses Landes vor der Revolution ist ein hinlänglicher bewiß davon.» Die Verbündeten fanden Gehör bei Mitbürgern in den Städten Zofingen und Lenzburg, bei vielen Geistlichen, aber besonders bei der Landbevölkerung. Nicht selten – so in Windisch, Schinznach, Oberflachs und Holderbank – gingen die Gemeindebehörden beim Sammeln der Unterschriften selber ans Werk[4].

Im Bezirk Kulm wurde der Unterstatthalter am 11. Juni erstmals mit dem sogenannten Adressengeschäft konfrontiert. Er erfuhr, in Leutwil habe der Dorfweibel die Petition an Reinhard zur Unterzeichnung von Haus zu Haus getragen. Durch den Agenten liess er ihn samt dem Text nach Unterkulm bringen. Der Weibel erklärte, er sei durch die Leutwiler Munizipalität beauftragt worden. Tatsächlich erwiesen sich die zwei Munizipale Scheurer und Graf als Erstunterzeichner. Statthalter Speck beeilte sich, das ominöse

Schriftstück an den Regierungsstatthalter weiterzuleiten. Einige Tage später berichtete er seinem Vorgesetzten, der Distrikt Kulm werde «von verschiedenen Seiten bearbeitet», Wachsamkeit sei nötig. In Menziken habe der «berüchtigte Tschagg» (Jakob Vogt), der ebenfalls mit Adressen zu tun gehabt hatte, sich der Verhaftung «thätlich wiedersezt» und habe «gräßlich über alle Authoriteten gelästert». Er habe dann «bey seinen Patronen neue Verhaltungs-Befehle» eingeholt und sich nach Bern begeben. In Haft gesetzt wurde dafür Zollner Eichenberger von Beinwil, der Speck gegenüber zugab, Unterschriften gesammelt zu haben. Doch weigerte er sich, seine Auftraggeber zu nennen[5].

Als Zentrum des Adressengeschäftes im Bezirk Kulm diente der Wohnort von Ludwig May, Schöftland, wie es die Organisatoren vorgesehen hatten. May, noch immer Präsident der Munizipalität, wenn auch gegen seinen Wunsch (S. 244 ff.), hatte in seiner Region die Schrift in Umlauf gesetzt. Von Mitte Juni bis Mitte Juli weilte er jedoch in Bern. Von den Behörden wurde ein Brief abgefangen, den er an den Schuhmachermeister Hans Rudolf Dietiker in Schöftland schickte. Wie wir uns erinnern, hatte sich dieser schon 1798 als Emigrantenwerber verdächtig gemacht, ohne dass man ihn damals überführen konnte (S. 178 f.). Jetzt erscheint er als enger Vertrauter und Duzfreund von Ludwig May. Bemerkenswert am Brief, den wir seines aufschlussreichen Inhaltes wegen im Wortlaut wiedergeben wollen, ist schon die Adresse oder Anrede. Nicht «An Bürger Dietiker» heisst es da, wie offiziell vorgeschrieben, sondern «An den wohlehrsamen Hans Rudolf Dietiker». Im übrigen zeigte sich May trotz seiner Abwesenheit über die Vorgänge im Aargau sehr gut informiert. Sein Brief lautet:

> «Ich benuze die gute und sichere Gelegenheit des Vieharzts von Entfelden, mein lieber Meister, um dir hiemitt wißen zu machen, daß in hiesiger Gegend [im Aargau] das bewußte Geschäft seinen guten Fortgang hat, ungeachtet es unsere Erzpatrioten und Jakobiner, welchen die Sache gar nicht gefallen will, sowohl durch Zwangs- und andere bedrükende Mittel selbigen auf alle mögliche Art zu unterdrüken suchen. In Lenzburg sind der Schulmeister, welcher Copien verfertiget, und ein gewißer Hemmann, welcher Unterschriften gesammelt, arretiert. Dem Doktor Danner in Entfelden ist das gleiche wiederfahren. Du und alle andern in Eürer Gegend rechtlich denkenden Leüte, so diese Sache betreiben, müßt Eüch aber dadurch gar nicht abschräken laßen und muthig arbeiten, um zu unserm Zwek zu kommen. Ich gebe dir mein Ehrenwort, daß man Eüch nicht im Stich laßen wird und daß bereits solche Maßregeln genommen werden, um auf eine schleünige und rechtliche Art die Verhafteten wieder auf freyen Fuß sezen zu laßen. ... Solltest du etwa arretiert und verhört werden, so trage ich dir auf, mich als Verbreiter dieser Schrift anzuzeigen, und Hand in Hand geschlagen will ich das gleiche Schiksal mit dir theilen, ich gebe dir mein Wort, sie werden uns nicht freßen. Künftigen Samstag komme ich nach Haus. ... Hast du schon viele Unterschriften in Schöftland? ...»[6]

Dietiker war offensichtlich als rechte Hand von May tätig. Der Brief scheint ihn allerdings im Gefängnis in Aarau erreicht zu haben und wurde möglicherweise dort beschlagnahmt[7]. Am 7. Juni war nämlich der Schuhmachermeister für einen vermutlich mehrtägigen Familienbesuch zu seinen Schwiegereltern in Gränichen gereist. Sein Schwager war dort Präsident der Munizipalität, welche sich eben um die Sammlung von Unterschriften bemühte. Ob Dietiker dabei aktiv mitwirkte, ist nicht bekannt. Noch während seiner Anwesenheit im Dorf wurde die gesamte Munizipalität nach Aarau zitiert, wo man von der Sache Wind bekommen hatte. Da die Gränicher Herren die Petition an Minister Reinhard natürlich nicht mitgebracht hatten, schickte man einen jungen Boten nach Gränichen in das Haus des Präsidenten, um sie herauszuverlangen. Dietiker verweigerte die Herausgabe; die Munizipalität müsse das Schriftstück schon selber holen. Darauf erhielt er selber eine Vorladung, wurde zweimal verhört und war dazwischen während 45 Stunden eingesperrt[8].

Wieviele Unterschriften insgesamt zusammenkamen, ist nicht genau auszumachen. Ungefähr zutreffen dürfte die durch Ludwig May überlieferte Zahl von 2700. Eine bezirks- und gemeindeweise geführte Statistik der Sammler nennt etwas über 2000 Unterschriften, doch ist sie offensichtlich unvollständig. An der Spitze standen danach die Bezirke Zofingen mit 845 und Lenzburg mit 509 Unterzeichnern. Im Distrikt Kulm wären nach dem Verzeichnis lediglich in den drei Gemeinden Menziken, Schöftland und Hirschthal zusammen 358 Unterschriften gesammelt worden. In Wirklichkeit wurden sicher in Beinwil und in Leutwil – wir haben davon gehört –, aber auch in Gontenschwil weitere beigebracht. Hier setzte sich vor allem der Munizipal Daniel Haller für die Sammlung ein. Vielleicht waren die Unterschriftenbogen aus diesen Dörfern samt der «Adresse» durch Unterstatthalter Speck konfisziert worden. Festzustehen scheint, dass das Suhrental am anschlussfreudigsten war oder am stärksten bearbeitet wurde. Ausser den beiden Kulmer Dörfern machten hier sämtliche Zofinger Gemeinden von Reitnau bis nach Kölliken und Safenwil mit[9]. Auffallend ist hingegen, dass das Schöftland benachbarte Ruedertal offenbar «aus der Sache blieb», obwohl die dortigen Bauern sich bei andern Gelegenheiten alles andere als helvetikfreundlich zeigten. Zweifellos hätte das Adressengeschäft gerade auch im Bezirk Kulm noch grösseren Umfang angenommen, wenn nicht die Behörden rasch eingegriffen hätten.

Zu ergänzen ist, dass viele Pfarrherren eine eigene Tätigkeit entfalteten. So bereiteten alle Geistlichen des Kapitels Aarau, welche Bürger von Brugg und Zofingen waren, in der ersten Junihälfte eine Petition mit dem Wunsch der Wiedervereinigung vor. Es betraf die Pfarrer von Entfelden, Reitnau, Schöftland, Rued, Kulm und Birrwil. Sie hatten die Absicht, ihre Eingabe einem Mitglied des Kirchenrates in Bern zuzuspielen, das sie an eine geeignete Stelle weiterleiten sollte. Sie begründeten ihre Anhänglichkeit an Bern

folgendermassen: «Der Dank für das viele Gute, welches wir in der Zeit unsrer Studien in Bern genoßen, der ehemalige gesegnete Wohlstand des Lands, die Vorsorg für Kirchen und Schulen, für Arme und besonders für die Diener der Religion dringen uns auch, unsere Stimmen mit den vielen zu vereinigen.» Das Schreiben, welches die Originalunterschriften der sechs Herren trägt, konnte offensichtlich nicht mehr nach Bern befördert werden und gelangte auch sonst nicht an die Öffentlichkeit. Es landete ohne Folgen im Privatarchiv von Ludwig May[10].

Um dem Treiben einen Riegel zu schieben, erbat sich Regierungsstatthalter Feer vom Vollziehungsrat zwei Kompanien helvetischer Linientruppen. Ausserdem erliess er am 22. Juni eine gedruckte Proklamation «an alle Autoritäten und Bürger des Kantons», worin er sich gegen die von «besoldeten Mietlingen ausgebreiteten Lügen» wandte und die Vorzüge des eigenen Kantons Aargau pries. Am gleichen Tag trafen die bestellten Kompanien ein, die eine in Zofingen, die andere in Lenzburg. Diese wurde am 26. Juni nach Gränichen verlegt, wo sich die Gemeindebehörden beim Adressengeschäft besonders hervorgetan hatten. Distriktsstatthalter Speck bekam die Meldung, ein Detachement von 20 Mann werde am nächsten Tag zu seiner Disposition in Unterkulm eintreffen; sonst seien Unterstatthalter und Distriktsgericht «ganz ohne Macht» zur Behauptung ihrer Autorität. Feer betonte, es seien keine Exekutionstruppen; die Verpflegungskosten würden über Bons vergütet. Ob es des militärischen Aufgebots zu diesem Zeitpunkt bedurft hätte, ist fraglich. Infolge des entschiedenen Eingreifens der Behörden verlief die Sache ohnehin im Sande. Doch Feer fürchtete nicht unbegründet, die politischen Gegner versuchten «eine Szene nach der andern biß zur Conterrevolution zu bereiten». Ein Anzeichen dafür erblickte er in der Tatsache, dass die Zofinger Munizipalität trotz Warnung eines Nachts den Freiheitsbaum in der Stadt hatte umhauen lassen. Im Bezirk Kulm scheint sich diesmal ähnliches nicht ereignet zu haben[11].

Die Distriktsgerichte verhängten in der Folge zum Teil namhafte Bussen. In Kulm wurden an zwei Gerichtstagen im Juli 18 Angeklagte verhört und gebüsst, wovon einer aus Boniswil. Wesentlich höher war die Zahl der Bestraften mit 89 diesmal im Distrikt Lenzburg. Von den Kulmer Sündern stammten acht allein von Schöftland. Die übrigen verteilten sich auf Leutwil und Hirschthal (je 3), Gontenschwil, Beinwil und Menziken (je 1). An der Spitze der Bussenliste stand mit 75 Fr. Ludwig May. Hans Rudolf Dietiker hatte 50 Fr. zu bezahlen, Jakob Eichenberger von Beinwil ebensoviel. Die übrigen Strafen schwankten zwischen 40 und 1 Franken. Dazu kamen in allen Fällen Gerichtsgebühren oder Sitzgelder von meist 4 Fr. (für zwei Versammlungen), bei den Hirschthalern von 2 Fr. Bezahlt wurden in der Folge allerdings weder die Bussen noch die Gebühren[12].

Die Freunde der alten Ordnung krochen wegen der Massregeln der Behörden ohnehin nicht zu Kreuze. Die verurteilten Kulmer waren besonders

empört, weil man ihnen wegen ihrer Weigerung, die rechtlich zweifelhaften gerichtlichen Sitzgelder zu entrichten, jegliche Aktenabschrift vorenthielt. Ihr Widerstand stützte sich auf die – gespielte oder ehrliche – Überzeugung, nichts Buss- und Strafwürdiges begangen zu haben. Noch am Tag der Verurteilung, am 20. Juli, setzten sie gemeinsam ein Dokument auf, worin sie ihre beiden Mitstreiter Ludwig May und Daniel Scheurer beauftragten, sich für ihre Sache im Aargau und vor allem bei den «obern Behörden» nach Kräften einzusetzen. Tatsächlich wandte sich Scheurer fünf Tage später zusammen mit dem Lenzburger Daniel Hemmann und dem Tennwiler Jakob Fischer in einem Schreiben gleich an die höchste Stelle, den Vollziehungsrat. Die drei Männer rechtfertigten sich für ihr Vorgehen beim Adressengeschäft und beanstandeten gleichzeitig das Verhalten der Behörden. Die Aargauer hätten sich berechtigt geglaubt, ihren Wunsch zur Wiedervereinigung mit Bern zu äussern, da es ja um eine neue Staatsverfassung gehe. Die Unterschriften seien ohne Druck und Bestechung und ohne die geringste Störung der öffentlichen Ruhe gesammelt worden. Die Behörden aber hätten das als Verbrechen gebrandmarkt, hätten Truppen einrücken lassen und willkürliche Urteile gefällt. In einem anderen Brief beschwerte sich der Beinwiler Munizipalitätspräsident beim Justizminister über Unterstatthalter und Distriktsgericht in Kulm. Jakob Eichenberger, Zollner, sei durch den Hartschier «wie ein Übelthäter» abgeholt worden, sei zweimal über Tage hinweg bei Wasser und Brot eingesperrt gewesen und habe mehrmals, teils unverrichteter Dinge, vor dem Gericht erscheinen müssen. Überdies rekurrierten die Unterschriftensammler gegen die Urteile des Kulmer Distriktsgericht beim Obersten Gerichtshof [13].

In seiner Haltung gar nicht beirren liess sich auch Ludwig May. Er pendelte auffallend häufig zwischen Schöftland und Bern hin und her, wohl nicht nur aus politischen Gründen, aber auch. Nachdem er eben erst bis Mitte Juli in der Aarestadt geweilt hatte, verreiste er Ende August erneut. Er ernannte für die Zeit der Abwesenheit Johann Rudolf Dietiker zu seinem Stellvertreter, soweit es die Vertretung der Interessen der in Kulm Verurteilten betraf. Er versprach, alle Handlungen seines Vertreters «zu genehmigen und als selbst verrichtet gutzuheißen». Das Vertrauensverhältnis der beiden Männer zeigt sich hier besonders deutlich[14]. Offenbar erst Mitte Oktober war May wieder in Schöftland. Er brachte aus der Berner Buchdruckerei Stämpfli eine grössere Anzahl Schriften mit dem Titel «Aufruf eines wahren Patrioten an seine Mitbürger» mit und begann sie in Schöftland in Umlauf zu setzen. Da griff Regierungsstatthalter Feer auf einen Wink des Justizministers hin ein und beschied May vor sich. Bemerkenswert ist, dass Feer der offiziellen Vorladung auf Amtspapier einen persönlichen Begleitbrief beifügte, worin er May eindringlich auf den Ernst der Situation hinwies und vor weiteren Konsequenzen warnte. May gab sich denn auch kooperationsbereit, erschien befehlsgemäss samt dem «Libell» in

Aarau und beteuerte, er habe die wenigen schon ausgeteilten Exemplare wieder eingesammelt. 87 Stück brachte er mit. Gemäss der Information des Justizministers hätte er allerdings 100 der «verläumderisch und boshaft» formulierten Schriften bezogen gehabt. Den Verfasser wollte May partout nicht nennen, obwohl ihm Feer seine Unwissenheit nicht glaubte[15].

Die bernisch-aargauischen Aristokraten spannen ihre Fäden zu dieser Zeit nicht nur untereinander, sondern knüpften Beziehungen mit Gleichgesinnten auch in der übrigen Schweiz an. Das belegt ein Brief von Ludwig May, den dieser im Sommer 1801 in französischer Sprache – unter Berner Patriziern ein verbreiteter Brauch – an einen nicht genannten Empfänger verfasste. May erwähnt darin, er sei eben von einem Besuch bei «Mr. de R.» in Schwyz zurückgekehrt. Es besteht kaum ein Zweifel, dass es sich dabei um Alois Reding handelte, Anführer des Innerschweizer Widerstandes im Frühjahr 1798 und späterer kurzfristiger schweizerischer Landammann. Das Treffen war dem Pläneschmieden gewidmet. May weihte nämlich den Schwyzer Gesprächspartner in die Absichten seines Brieffreundes ein. («Je lui ai selon vos désirs fait part de votre idée.»)[16]

Auswirkungen der neuen Verhältnisse

Die vom Zentralismus abrückende Verfassung von Malmaison hatte auf kantonaler Ebene Folgen. Auf den 1. August trat in Aarau eine verfassunggebende Tagsatzung zusammen, um ein aargauisches Grundgesetz auszuarbeiten. Aus dem Bezirk Kulm gehörten ihr an: Unterstatthalter Speck, Bezirksgerichtspräsident Fischer und Agent Hediger von Reinach, die Bezirksrichter Rudolf Speck von Leimbach und Samuel Lüthi von Schöftland. Bei Rudolf Speck handelte es sich um den zuvor in Rued wohnhaften Bruder des Unterstatthalters. Alle fünf waren ausgesprochene Patrioten. Die Wahlen waren denn auch nach dem Urteil der Familie May «so schlecht als möglich» ausgefallen, und ein Freund der Familie sprach vom Sieg des Jakobinismus. Das Ergebnis erstaunt, hing aber mit dem Wahlverfahren zusammen, bei dem in eher undemokratischer Weise nicht die Bevölkerung, sondern die Munizipalitäten Wahlmänner bestimmten, die ihrerseits die Tagsatzungsmitglieder erkoren. Alle fünf Kulmer Gewählten waren übrigens selber Wahlmänner[17]. Das Resultat lässt darauf schliessen, dass manche Gemeindebehörde zu dieser Zeit progressiver war als früher. Altgesinnte waren im Laufe der Zeit aus Amtsmüdigkeit zurückgetreten, und patriotischere Leute hatten sie abgelöst. Das galt allerdings nicht durchwegs. Der Leutwiler Munizipalitätspräsident Scheurer beispielsweise, seinerseits Wahlmann, gehörte zum betont antihelvetischen Lager. Ähnlich stand es mit anderen Munizipalitäten, die sich um diese Zeit beim Unterschriftensammeln engagierten. Denkbar ist, dass da und dort ein Agent beim Wahlgeschäft Druck ausgeübt hatte.

Inzwischen gingen die Parteikämpfe an der Staatsspitze weiter. Am 28. Oktober 1801 wurden die unitarischen Behörden durch einen Staatsstreich der Föderalisten aus ihren Stellungen verjagt. Die Leitung der neuen Regierung übernahm als Landammann der Schwyzer Alois Reding, welchen wir als mutmasslichen Gastgeber für Ludwig May wenige Monate zuvor kennengelernt haben[18]. Im Aargau hatte der Umschwung Rückwirkungen. Der bisherige Regierungsstatthalter Feer, seit über 3½ Jahren im Amt, war den neuen Behörden in Bern nicht mehr genehm. Eine Aufforderung, statt seiner die Stelle zu übernehmen, erging auch an Ludwig May. Ob der Kontakt mit Reding dabei nachwirkte? May fühlte sich geehrt, lehnte aber ab. Der föderalistische Umsturz brachte noch nicht das, was er sich erhoffte. In einem mehrseitigen Schreiben begründete er seine Haltung und legte seine eigenen politischen Ideale offen. Sein Ziel war die Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, immerhin mit bedeutsamen Zugeständnissen. Die dreizehnörtige Eidgenossenschaft sollte als lockerer Staatenbund wieder auferstehen, wobei es den früheren Zugewandten Orten und Gemeinen Herrschaften freistehen würde, sich einem der alten Orte anzuschliessen oder einen eigenen Kanton zu bilden. Mays Herzenswunsch, wie er es selber nannte, war dabei die Wiedervereinigung des Aargaus mit Bern. Die Stadt Bern sollte ihre frühere Vormachtstellung im Kanton zurückerhalten, doch es sollten auch «verdienstvolle Männer» ausserhalb der Stadt unter noch festzulegenden Bedingungen die Möglichkeit haben, in der Regierung mitzuwirken. Was die Feudallasten betraf, erachtete May einen Loskauf «unter ihrem wahren Werth» als «Eingriff in die heiligsten Eigenthums-Rechte», und er war der Ansicht, bis zur völligen Ablösung müssten sie wie früher in natura entrichtet werden. Dies sei sein politisches Glaubensbekenntnis, erklärte er abschliessend. Er könnte sich niemals dazu hergeben, Verordnungen und Gesetze vollziehen zu helfen, die seiner Gesinnung widersprächen[19]. Ludwig May fühlte offensichtlich, dass seine Zeit noch nicht gekommen war. Er wollte seine Kräfte nicht zu früh verbrauchen und sein Ansehen in weiten Bevölkerungskreisen nicht aufs Spiel setzen. Viel zu lange hatte er bereits das Amt des Schöftler Präsidenten ausüben müssen und sich dabei im Dorf nicht nur Freunde erworben.

Trotz Mays Absage wurde Jakob Emanuel Feer schon auf den 5. November von seinem Amt abberufen. Als neuer aargauischer Regierungsstatthalter wurde für kurze Zeit Johannes Herzog von Effingen eingesetzt, dann der konservative Lenzburger Gottlieb Heinrich Hünerwadel, der weniger Hemmungen hatte als May[20]. Auf dem Lande freute man sich vielerorts über die Veränderungen, verband jedoch mit dem Sturz des ungeliebten zentralistischen Regimes allzu grosse Hoffnungen. Im Bezirk Kulm verschwanden verschiedentlich die Freiheitsbäume. Im übrigen, hielt Unterstatthalter Speck fest, sei der grosse Teil der Distriktsbewohner ruhig geblieben, der Bezirk sei «gut gesinnt»[21].

Die neuen Behörden rollten die Frage der Unterschriftensammlung vom Sommer nochmals auf. Im Auftrage des Justizministers konnte Regierungsstatthalter Herzog im November «alle gerichtliche Verfolgung» der Personen einstellen, welche mit dem Adressengeschäft zu tun gehabt hatten. Die Bussen wurden aufgehoben. Einen Monat später schalteten sich die Anführer der Altgesinnten im Aargau in die Angelegenheit ein. Sie durften jetzt offen als organisierte Gruppe, als «die Ausgeschoßenen des Aargäus» auftreten. Fünf Leute, darunter Ludwig May von Schöftland, protestierten beim Kleinen Rat in Bern, weil das Bezirksgericht Aarau trotz Aufhebung der Urteile auf den Gerichtsgebühren beharrte. Und sie bekamen recht, die Gebühren durften nicht erhoben werden. In der Begründung der Antwort wies der Rat darauf hin, es gehe nicht um eine Amnestie, es gehe um Freispruch. Der Wunsch für die Vereinigung zweier Kantone werde «weder durch die Moral noch durch die bestehenden Geseze als ein Verbrechen qualificirt»[22]. Die Zeiten hatten sich geändert.

Unter diesen Umständen erstaunt es nicht, dass im Aargau die Bestrebungen wieder aufgenommen wurden, welche auf die Vereinigung mit Bern abzielten. Von verschiedenen Stellen aus wurden Gesuche an die Zentralbehörden gerichtet. Der Wunsch nach einer Volksabstimmung wurde geäussert. Einer der Schreiber war Hans Rudolf Dietiker in Schöftland. Er durfte diesmal seine antirevolutionäre Gesinnung offen zeigen, wenn sich auch zahlreiche aargauische Körperschaften wie das Kantonsgericht und die Verwaltungskammer erfolgreich gegen die Wiedervereinigungsbegehren wandten[23].

Nicht alle im Bezirk Kulm blieben «gut gesinnt», wie der Unterstatthalter nach dem Oktoberumsturz gemeint hatte. Da sich unter dem neuen Regime kaum viel änderte, regte sich bald wieder Unmut. In Oberkulm erklärte Melcher Fehlmann im Januar 1802, «es seye keine Regierung und keine Obrigkeit mehr». Einige Leute aus dem Dorf wollten «unter Fluchen und ärgerlichem Betragen» einen Freiheitsbaum aufrichten, liessen es dann aber bleiben. Es wäre wohl eine Art «Gegenbaum» gewesen mit antihelvetischer Bedeutung. In Schöftland hielten der Schuhmacher Jakob Maurer und Jakob Zehnder Zusammenkünfte ab, wo sie zum Ungehorsam gegen Regierung und Gesetze aufriefen. Im Beinwil liess Hans Rudolf Gloor, Kätsch, im Wirtshaus verlauten, «es komme keiner zur Regierung, wenn er nicht das Rad verdient habe». Zudem äusserte er sich äusserst abfällig gegen alt Statthalter Speck und Gerichtspräsident Fischer. Alle Unruhestifter wurden vom neuen Unterstatthalter verhört und mit scharfen Verweisen wieder entlassen, teils dem Bezirksgericht überwiesen[24].

Der Unterstatthalter hiess nicht mehr Speck. Dieser war – etwas später als sein Vorgesetzter Feer – ebenfalls dem politischen Umschwung zum Opfer gefallen. Zu den ersten Amtshandlungen von Regierungsstatthalter Hünerwadel, der seine Stelle an Heiligabend 1801 angetreten hatte, gehörte

nicht nur die Ersetzung des Lenzburger Statthalters durch einen eigenen Bruder, sondern auch die von Samuel Speck durch Jakob Gehret auf der Liebegg. Am 28. Dezember teilte er dem Unterkulmer seine Entlassung mit folgenden Worten mit: «Sowohl der Verantwortlichkeit meines Amtes als den Verpflichtungen gegen meine Mitbürger des Distrikts Kulm glaubte ich es schuldig zu seyn, Euch von der Amtsstelle, welche Ihr bisher bekleidet, abzuruffen.» Speck fühlte sich schwer gekränkt, einmal wegen der schlagartigen Entlassung an sich, vor allem aber zu Recht wegen des beleidigenden, abwertenden Briefstils. Er antwortete am 2. Januar. In seinem höflich, aber klar abgefassten Schreiben an Hünerwadel wies er direkt auf die «schmerzhafte Kränkung» hin, die ihm dieser zugefügt hatte. Er betonte, er habe sein Amt nie gesucht, sondern sei mit Nachdruck um die Übernahme ersucht worden. Er empfinde auch über den Verlust seiner Stelle keinen Schmerz, sondern betrachte die Veränderung vielmehr als Wohltat. Ehrgeiz, Eigennutz, Herrschsucht seien keine Eigenschaften, die ihn auszeichneten. – Wir glauben Speck, dass er sein Amt mit gemischten Gefühlen abgab. Erleichterung, einen verantwortungsvollen, sehr arbeitsreichen und undankbaren Posten loszuwerden, war sicher dabei. Tiefer ging aber wohl doch die Empfindung verletzter Ehre. Monate später gab er einem neuen Regierungsstatthalter gegenüber zu, das Gefühl des erlittenen Unrechts sei für ihn bitter gewesen[25].

Specks Gegenspieler Hünerwadel war der Mann, der den Bezirk Kulm am liebsten von der Landkarte hätte verschwinden lassen und der die meisten Kulmer Politiker entweder für unfähig oder für charakterlos hinstellte (vgl. S. 32 ff.). Das tat er natürlich besonders bei Leuten, die ihr politisches Heu auf einer andern Bühne hatten als er. So teilte er dem Minister des Innern mit, Kantonsrichter Fischer aus Reinach habe «einen allzu guten Kopf neben einem wenig guten Herzen». Der Mann sei gefährlich. Auch Fischers Kollegen Heinrich Maurer aus Leimbach taxierte er als «immoralisch». Einzig den dritten Kulmer Kantonsrichter, Johannes Stadler aus Birrwil, hielt er «für einen ehrlichen Mann»[26].

Bereits am 17. April 1802 rissen die Unitarier durch einen weiteren Staatsstreich die Macht in Bern wieder an sich. Die Auswirkung auf den Aargau folgte auf dem Fusse. Der altgesinnte Regierungsstatthalter Hünerwadel musste seinem Vorgänger Herzog Platz machen, der das Amt ungern nochmals übernahm und auf den 1. Juli dem Aarauer Johann Heinrich Rothpletz überliess. Dieser, politisch das genaue Gegenteil von Hünerwadel und 1798 einer der führenden Köpfe der Aarauer Revolutionspartei, hatte sich bereits als Präsident der aargauischen Verwaltungskammer und als Finanzminister der helvetischen Zentralregierung verdient gemacht[27]. Gerne hätte Rothpletz in Kulm Notar Speck wieder als Unterstatthalter eingesetzt. Doch dieser lehnte zunächst ab mit dem Hinweis, sein Nachfolger habe das Amt ja bisher «ohne Tadel» geführt. In Wirklichkeit hatte Samuel Speck

die Kränkung durch Hünerwadel noch nicht überwunden und argwöhnte, Jakob Gehret habe bei der Umbesetzung die Hand selber mit im Spiel gehabt. Rothpletz gab sich alle Mühe, seinen Kulmer Parteigänger trotz dessen etwas «delikatem Benehmen» wieder auszusöhnen. In einem offiziellen Schreiben dankte er ihm im Namen der Regierung und persönlich für seine Mitwirkung «bei der Einführung der neuen Ordnung der Dinge» und für alle dem Staat geleisteten Dienste. Speck empfand zweifellos ehrliche Genugtuung und bezeugte Rothpletz in einem Antwortschreiben seine angenehme Überraschung. Nach dem ungerechten Streich, den ihm ein «inepter» (untauglicher) Regierungsstatthalter angetan habe, bedeute für ihn das «schmeichelhafte Zeugnis» über seine Amtsführung eine grosse Freude. Rothpletz hoffte auch, Speck und Gehret – in ihrer Art verschieden, aber beides tüchtige Männer – würden das bestehende Zerwürfnis überwinden und die früheren guten Beziehungen wieder aufnehmen. Gehret machte denn auch den ersten Schritt mit einem Brief an seinen früheren Freund und jetzigen Konkurrenten. Doch wurde er keiner Antwort gewürdigt. Die für Rothpletz unerfreuliche Situation fand schliesslich durch eine ernsthafte Erkrankung Gehrets eine Wendung. Am 11. September konnte er Speck auffordern, das Amt wenigstens provisorisch wieder zu übernehmen[28].

«Abstimmung» über eine Verfassung

Unterdessen hatten die abermals regierenden Unitarier eine neue Verfassung ausgearbeitet, die sich an diejenige von Malmaison anlehnte. Im Aargau mussten sich auf den 2. Juni alle stimmfähigen Bürger ab 20 Jahren morgens 7 Uhr (!) gemeindeweise versammeln, um sich durch die Munizipalitäten Erläuterungen zur neuen Verfassung anzuhören. Eine Diskussion darüber war ausdrücklich untersagt. Die Munizipalitätspräsidenten hatten am Tag zuvor – so jedenfalls im Bezirk Kulm – durch den Unterstatthalter die nötigen Informationen erhalten. Die schriftlich fixierte Proklamation an die Bürger begann mit den Worten: «Lange schon sehntet Ihr Euch nach einer Verfassung, die dem gesezlosen Zustande, unter welchem Ihr seit mehreren Jahren seufztet, ein Ende mache.» Man staunt, wie führende Vertreter der helvetischen Ordnung die ganze bisherige Zeit seit der Revolution selber beurteilten. Was wird sich der einfache Mann gedacht haben? Nun, die Verfassung fiel dann in der Volksabstimmung gesamtschweizerisch deutlich durch. Sie galt aber gleichwohl als angenommen, indem man jede Stimmenthaltung – wie allerdings zum voraus angekündigt – als Zustimmung wertete[29].

Betrachten wir die Abstimmungsergebnisse im Bezirk Kulm genauer! Auf den ersten Blick scheinen sie sich mit den schweizerischen gar nicht zu decken. Von 3325 Kulmer Aktivbürgern votierten 1888 – also deutlich mehr als die Hälfte – für Annahme, 1269 stimmten stillschweigend zu, und

nur 168 verwarfen die Verfassung ausdrücklich. Einzig das Birrwiler Resultat mit 40 Ja, 52 Enthaltungen und 75 Nein entsprach etwa dem schweizerischen Durchschnitt. Waren die Kulmer plötzlich so aufgeschlossen und glaubten an eine grundlegend verbesserte Neuauflage des helvetischen Staates? Eine differenziertere Betrachtung der Ergebnisse lässt stutzig werden. Ausser Birrwil wies nur Rued eine grössere Zahl von Neinstimmen auf (71). In elf von sechzehn Kulmer Gemeinden gab es keinen einzigen Gegner der neuen Verfassung. In sechs Gemeinden fehlten sogar Enthaltungen; 100% der Bürger waren hier anscheinend von der Vorlage überzeugt. Doch um das auffallende Zahlenbild zu verstehen, muss man wissen, wie es zu den Resultaten kam. Niemand hatte die Möglichkeit, seine Meinung wie bei einer heutigen Urnenabstimmung unbeeinflusst und anonym kundzutun. Die Munizipalitäten hatten befehlsgemäss Listen aller stimmfähigen Bürger vorbereitet. Diejenige von Dürrenäsch stellte dabei ihre zeitgemässen Französischkenntnisse unter Beweis, indem sie das Verzeichnis mit «Register pour la commün de Dürrenäsch» beschriftete. In diesen Listen hatte der Stimmende für jedermann sichtbar hinter seinem Namen das «angenommen» oder «verworfen» handschriftlich einzutragen, entweder gleich im Anschluss an die Informationsversammlung oder allenfalls nach wenigen Tagen Bedenkzeit. Mancher zog es daher vor, sich gar nicht zu exponieren. In Leimbach, in Dürrenäsch und in Hirschthal blieben die Stimmlisten völlig leer. In Hirschthal rief die Munizipalität die Bürger eigens ein zweites Mal zusammen, ohne jeden Erfolg. Besonders einfach machte man es sich in der Pfarrei Reinach, wo man die Bürger von Reinach, Menziken, Burg und Beinwil gemeinsam in der Kirche versammelte (ohne Leimbach). Man verzichtete auf Listen und nahm einfach das Handmehr auf. Die Verfassung soll auf diese Art mit grosser Mehrheit und ohne verwerfende Stimme angenommen worden sein. Enthaltungen wurden beim Bericht an die Kantonsbehörden nicht berücksichtigt. So ergab sich die erwähnte 100%ige Zustimmung. Noch krasser war das Vorgehen in Teufenthal, vermutlich mehr aus Unbeholfenheit als aus böser Absicht der Munizipalität. Hier lag eine Liste auf. Von 118 Aktivbürgern trugen gerade 4 ein «angenommen» ein. Gemeldet wurden aber 118 Ja. Nicht besser war es in Dürrenäsch, wo die leere Liste ebenfalls in «einhellige Annahme» umgewertet wurde. Eine Kontrolle und Korrektur bei den Oberbehörden fand nicht statt, war wohl gar nicht erwünscht. Im übrigen waren es nicht nur Angst und Unsicherheit, welche viele Bürger hinderten, ihre Meinung kundzutun, sondern ebensosehr Resignation («die machen doch, was sie wollen») und Unwille. Bezeichnend dafür ist der Bericht der Hirschthaler Munizipalität. Diese vermutete, ihre Liste sei trotz mehreren Anläufen leer geblieben, weil sich die Bürger einschreiben mussten, ohne Fragen stellen oder Wünsche äussern zu können, «ohne Beweg-Gründe und ohne Bedinge». In Reinach wurde trotz allem ein Wunsch vor- und sogar zur Abstimmung gebracht.

Nicht irgend jemand, sondern der Nationalschaffner Samuel Fischer war es, der hier die Forderung aufstellte, dass der Loskauf von Zehnt und Bodenzinsen «nach dem billigsten und gerechtigsten Maaßstabe möchte loskäuflich erklärt werden». In diesem Fall erstaunt die einhellige Zustimmung der Mitbürger nicht. Dass die Loskauffrage ein für die Bauern ungelöstes Kernproblem war, geht noch deutlicher aus Reaktionen im Ruedertal hervor. In der dortigen Teilgemeinde Schiltwald trugen von 67 Stimmfähigen 41 ein Nein in die Liste ein; niemand war für Annahme. Die Munizipalität erklärte die eindeutige Verwerfung damit, «weilen die neüen und alten Abgaben sehr unbestimmt». Die Bürger, schrieb sie weiter, begehrten «eine beßere Erläuterung, wie hoch dieselben belaufen sollen. Bis und so lang das ihnen dieses erklährt sein wird, so berufen sie sich auf die erste Constitution, wo sie eidlich beschwohren und angenommen haben». Das Beispiel belegt einen Informationsnotstand, eine allgemeine Verunsicherung, grösstes Misstrauen. Alles in allem zeigen die angeführten Vorfälle zur Genüge, dass von einer ernstzunehmenden Abstimmung überhaupt nicht die Rede sein kann. Die Ergebnisse beruhten teils auf mehr oder weniger absichtlichen Verzerrungen und Fälschungen und waren anderseits der Ausfluss der verschiedensten Stimmungen in der Bevölkerung, die von Gleichgültigkeit bis zu bewusster Opposition reichten. Eine klare, sachbezogene Meinungsbildung und Meinungsäusserung war unmöglich. Die ganze Abstimmung war eine Farce, ein übles Beispiel helvetischer Scheindemokratie[30].

Trotz der fragwürdigen Umstände musste im Juli die «Annahme» der Verfassung im überschwänglich-helvetischen Stil gefeiert werden. Der Bezirk Kulm dürfe nicht zurückstehen, Freudenschüsse gehörten dazu, schrieb Regierungsstatthalter Rothpletz an Jakob Gehret, welcher Bedenken wegen der Kosten äusserte. Die gewünschten «Canonen lösen» konnte Gehret trotzdem nicht, weil in Unterkulm keine vorhanden waren. Doch taten es «Katzenköpfe» auch. Die Munizipalität des Bezirkshauptortes beauftragte eine Schar junge Leute mit ihrer «Abfeuerung». Der freudige Akt endete schmerzlich. Während des Ladens ging ein Schuss vorzeitig los und verletzte vier Burschen, drei davon schwer. Ihre Kameraden verzichteten solidarisch auf den versprochenenTrunk, damit der Betrag an die «Schärer-Conti» (Arztrechnungen) verwendet werden konnte. Statthalter Rothpletz versprach allerdings, sich bei der helvetischen Regierung für die Bezahlung der Kosten zu verwenden. Die Unterkulmer Munizipalität musste sich einen Verweis gefallen lassen, weil sie die Böllerschüsse der «unerfahrenen Jugend» überlassen hatte. Später vernehmen wir, dass sich zwei der schwerer Verletzten, Rudolf Kyburz und Samuel Müller, rasch erholten, während der dritte, Hans Rudolf Sager, «am Rande des Grabes» stand, schliesslich zwar einigermassen genas, aber lebenslang an den Folgen des Unfalls zu leiden hatte und kaum wieder «zur Arbeit ganz tüchtig» wurde[31].

2. Das Ende des helvetischen Staates

Im Juli 1802 geschah etwas kaum so rasch Erwartetes: Die französischen Truppen verliessen die Schweiz. Bekanntlich steckte dahinter perfide Berechnung Napoleons. Er sah in dem zerrissenen Land das Chaos voraus, was ihm die Möglichkeit und das «Recht» geben würde, die Schweiz noch dauerhafter und effizienter unter seine Fittiche zu nehmen[32].

Sicherheitsvorkehren durch die helvetischen Behörden

Staatsmänner wie Regierungsstatthalter Rothpletz waren sich der heiklen Situation durchaus bewusst. So sehr die Besetzungsmacht der Schweiz zur Last gefallen war, hatte sie doch die Rolle eines Ordnungsgaranten gespielt. Ohne sie hing das Schicksal der regierenden Unitarier und mit ihnen das des helvetischen Staates an einem Faden. Darüber täuschten auch Berichte wie der aus Kulm, es herrsche im allgemeinen Ruhe, nicht hinweg. Am 29. Juli schärfte Rothpletz den Unterstatthaltern in einem Kreisschreiben ein, der Rückzug der fränkischen Truppen mache doppelte Anstrengungen aller Beamten für die öffentliche Ordnung und Sicherheit erforderlich[33]. Seit Anfang August traf er zudem militärische Vorbereitungen. Er wies die beiden Quartierkommandanten im Aargau an, je eine Elitekompanie in marschfähigen Zustand setzen und «Freiwillige» für ein besonderes Sicherheitscorps ausheben zu lassen. Nach einem Dekret des helvetischen Senats vom 9. August erwartete er überdies Leute zur Vermehrung der stehenden Nationaltruppen[34]. Der Statthalter stiess mit seinen Befehlen – wen verwundert es nach den früheren Ereignissen – auf beträchtliche Schwierigkeiten. Im Bezirk Kulm suchten sich die Munizipalitäten, die alles in die Wege zu leiten hatten, möglichst aus der Sache zu halten. Wozu sollten sie den Hass der Familienväter auf sich laden, meinten sie, und deren Söhne ausheben. Das sei doch die Sache von Quartierkommandant Suter in Zofingen. Er und nicht sie – das war immerhin ein stichhaltiges Argument – habe alle Mannschaftsrödel in der Hand. Er solle sich in den Gemeinden einfinden, dann seien sie auch zur Mitarbeit bereit. Waffen zur Ausrüstung der Leute seien allerdings keine vorhanden. Rothpletz ermunterte Kommandant Suter umgehend, an den Aushebungen auf den Musterplätzen teilzunehmen. Die Munizipalitäten müssten bei gutem Willen gehalten werden, denn von ihnen hänge viel ab. Auf die Weigerung der Lokalbehörden, die jungen Leute zu bewaffnen, aber ging er gar nicht ein. Es sei nicht zu glauben, schrieb er dem Kulmer Unterstatthalter, «daß für so wenig zu stellende Mannschaft nicht noch in jeder Gemeinde so viel brauchbare Waffen gefunden werden sollten». Eine Woche später erfuhr Unterstatthalter Gehret, dass sich die Munizipalität in Beinwil weigere, die jungen Männer mangels Freiwilligen das Los ziehen zu lassen. Zur gleichen Zeit drückte Regierungsstatthalter

Rothpletz allen Bezirksstatthaltern gegenüber sein Missfallen über die «Schläfrigkeit» vieler Munizipalitäten und über die «Hinderniße» von Seiten der Jungmannschaft bei der Formation des Sicherheitscorps aus. Ende August konnte Statthalter Gehret schliesslich nach Aarau melden, die Eliten im Bezirk seien «complet organisiert», die Leute für die Sicherheitskompanie stünden bereit, und Beinwil habe sich gefügt. Nun gehe es noch um die Aushebung der zusätzlichen Linientruppen. Auch diese verlief aber nicht reibungslos. Rothpletz musste beispielsweise Schöftland und besonders Hirschthal bösen Willen ankreiden. Andere Kulmer Gemeinden liessen innerhalb der vorgesehenen Frist gar nichts von sich hören[35]. Man musste froh sein, dass einzelne, so Reinach, Leimbach und Teufenthal, wenigstens bereit waren, die erlaubte Ersatzsumme von 100 Fr. pro Mann zu bezahlen, statt Liniensoldaten auszulosen. Teufenthal verwendete dazu 100 Fr., die es im Vorjahr von der Verwaltungskammer als Entschädigung für einquartierte Reiter erhalten hatte. Da diesmal der Staat für Bekleidung, Bewaffnung und Unterhalt der Leute aufkam, war der Ersatzbetrag weniger hoch als in den früheren Jahren. Vermutlich entschieden sich weitere Kulmer Gemeinden ebenfalls zur Geldzahlung. In die Bataillonsregister wurde jedenfalls ein einziger neuer Kulmer Soldat eingetragen, Jakob Eichenberger von Beinwil. Ausserdem scheint Birrwil seinen früheren Legionär Jakob Nussbaum nochmals zum Corps geschickt zu haben[36].

Die Begeisterung, sich für die Helvetische Republik einzusetzen, war auch nach dem Abzug der Franzosen offensichtlich gering. Bald sollte das noch viel deutlicher werden.

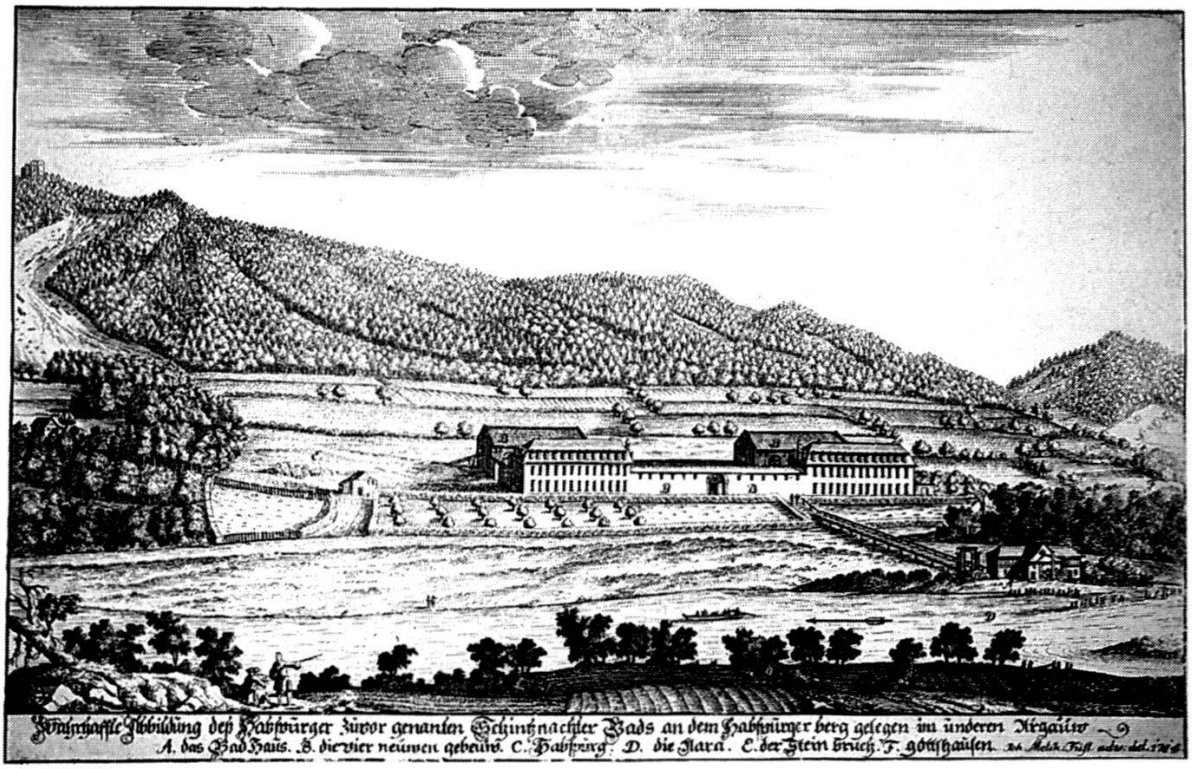
Der Aufstand vom September 1802

Während die Aargauer Behörden das sinkende Schiff zu retten suchten, war anderswo die Gegenrevolution schon im vollen Gang. Die Inner- und die Ostschweiz hatten sich grossenteils von der Zentralregierung losgesagt. Aber auch im Aargau wurde hinter den Kulissen eifrig auf den Umsturz hingearbeitet. Bernische Patrizier, darunter Ludwig May aus Schöftland, ein Diesbach von Liebegg und ein Effinger von Wildegg, machten Propaganda für ihre Sache, nicht nur im ehemals bernischen Aargau, sondern ebenso in den Bezirken Baden und Zurzach. Sie trafen sich abwechselnd an den Kurorten Schinznach und Baden, wo die Zusammenkünfte wenig auffielen. Ein Hauptwunsch war erneut der Wiederanschluss des westlichen Aargaus an Bern. Vielen Badenern kamen diese Bestrebungen sehr gelegen, da ihre Stadt wieder Hauptort eines eigenen Kantons werden sollte[37]. Auffallend ist, dass sich im Nachlass von Ludwig May aus dieser betriebsamen Zeit weder Akten noch Briefkonzepte befinden. Offensichtlich ging er mit äusserster Vorsicht ans Werk, vernichtete verdächtige Schriftstücke und beschränkte sich nach Möglichkeit auf die mündlichen Kontakte.

Statthalter Rothpletz, durch einen Aufstandsversuch im Siggenthal vom 25. August alarmiert, forderte die Gemeinden anfangs September auf, überall Sicherheitswachen zu organisieren. Von Unterstatthalter Gehret auf der Liebegg wollte er wissen, ob dort tatsächlich die Brüder Diesbach in aller Eile angelangt seien. Gehret konnte das Gerücht entkräften, doch traute Rothpletz der Nachricht über die Ruhe im Bezirk Kulm wenig: «Ihr würdet Eüch aber irren, wenn Ihr glaubtet, es seye in Eürem Distrikt alles so ganz eben, indem ich aus zuverläßigen Berichten weiß, daß unter den [ehemaligen] Emigranten Verabredungen statt haben und es sehr wahrscheinlich ist, daß die Gährung durch die Bürger May von Schöftland unterhalten wird.» Es liess sich trotz aller Heimlichkeit nicht alles verbergen[38].

In diesen Tagen äusserster Spannung und Ungewissheit wirkte eine Loyalitätserklärung, wie sie noch am 11. September von Präsident Maurer und drei Munizipalen von Rued verfasst wurde, schon eher befremdlich. Die vier Herren erklärten angesichts der «ungebührlichen Aufstände in verschiedenen Theilen Helvetiens» im Namen ihrer Gemeinden, «daß wir die neüwe Central-Verfaßung und die Regierung anerkennen». Sie seien ruhige Bürger, hätten an keinen «unruhigen Bewegungen» teilgenommen und würden es auch nicht tun. Die schönen Worte dürften den Regierungsstatthalter nicht allzu sehr beruhigt haben, ebensowenig die Versicherung von Unterstatthalter Gehret, auf den Schlössern Rued und Schöftland befinde sich kein Fremder und er, Gehret, werde alle Vorsichtsmassregeln treffen, um jeden Ausbruch von Unruhen im Distrikt zu verhüten[39]. Zwei Tage später sollte sich zeigen, dass die Bevölkerung im Ruedertal ganz und gar nicht hinter der amtierenden Regierung stand.

Rothpletz entschloss sich am gleichen 11. September zum Handeln. Er zitierte neben dem früheren Regierungsstatthalter Hünerwadel aus Lenzburg auch Ludwig May nach Aarau, um zwei Männer, die er für besonders gefährlich hielt, «aus dem Verkehr» zu ziehen. Ihre Verhaftung scheint er nicht gewagt zu haben. Hünerwadel reagierte nicht, May stellte sich, spielte aber im Verhör den Unwissenden. Von Plänen gegen die bestehende Ordnung hatte er keine Ahnung. Auf sein Ehrenwort hin setzte ihn Rothpletz nicht gefangen, verhängte über ihn aber Hausarrest in Aarau. Wie ernst der Statthalter die Angelegenheit nahm, zeigt die Tatsache, dass er dem Justizminister in Bern Bericht erstattete[40]. Zur selben Zeit setzte Rothpletz Samuel Speck als Unterstatthalter ad interim für den erkrankten Jakob Gehret ein. Einen Tag später ersuchte er ihn, mit etwa 30 ehemaligen Dragonern aus dem Distrikt Kulm eine freiwillige Wache zu Pferd zu organisieren. Er benötige sie dringend für die «sichere Communication» mit seinen Truppen in Baden. Die dort stehende Elitekompanie und einige Scharfschützen in Brugg waren neben der Besatzung in Aarburg alles, was dem Regierungsstatthalter im Kanton für die Abwehr zur Verfügung stand. Eigentlich hätte er die Kulmer inzwischen kennen müssen. Speck bedeutete ihm denn auch,



51 Das Bad Schinznach war ein einigermassen unverdächtiger Treffpunkt für die patrizischen Verschwörer. Das alte Badehaus befand sich auf der Aareinsel rechts vorne; oberhalb waren die geräumigen neueren Gebäude für die Kurgäste. Kupferstich von Johann Melchior Füssli, um 1714.

an Freiwilligkeit sei da nicht zu denken. Er bitte darum, die Reiter «von den Gemeinden nach Maßgabe ihrer Stärke requirieren zu können»[41]. Das Vorhaben des Regierungsstatthalters zeigt immerhin, dass sich die Kulmer Dragoner besonderer Wertschätzung erfreuten. Aus dem Bezirk Kulm hatte man seinerzeit ja auch den Dragonerhauptmann gewählt, und im stürmischen April 1799 hatten die Dragoner hier zu den wenigen gehört, die dem militärischen Aufgebot reibungslos gefolgt waren. Jetzt waren auch sie nicht mehr bereit, der unbeliebten Regierung freiwillig zu dienen.

Die Kulmer Reiter kamen kaum mehr zusammen, ebensowenig wie eine kurzfristig noch aufgebotene Elitekompanie aus dem unteren Quartier. Die Ereignisse überstürzten sich. Ein Versuch der helvetischen Truppen, Zürich zurückzuerobern, war misslungen. Nun handelten die Verschwörer und die unzufriedene Bevölkerung im Aargau. Rasch zusammengelaufene Bauernscharen brachten am 13. September Baden und Brugg zur kampflosen Kapitulation. Sie stellten sich dann Rudolf von Erlach zur Verfügung, einem der Berner Patrizier, der als General die Leitung des weiteren Feldzuges übernahm. Der Aufmarsch ist auf Grund der teils mangelhaften Ausrüstung der Bauern als *Stecklikrieg* in die Geschichte eingegangen. Dem erfolgreichen Verlauf wird die abwertende Bezeichnung allerdings nicht gerecht. In der Morgenfrühe des nächsten Tages stand Erlach schon in Lenzburg und schickte von dort Eilboten ins See- und ins Wynental[42].

Ausser zahlreichen Munizipalitäten im Bezirk Lenzburg erhielten auch die von Birrwil, Reinach, Menziken, Leimbach, Gontenschwil, Kulm und Teufenthal sowie diejenige von Gränichen durch Erlach «im Namen von Schultheiß und Räthen der Stadt Bern» den Befehl zum Truppenaufgebot. Sie müssten alle Auszüger nebst Tamburen, Kanonieren und Dragonern unverzüglich bewaffnet nach Suhr einrücken lassen. Die Trüllmeister hätten sich ihren Mannschaften anzuschliessen[43].

Genaueres ist aus Reinach überliefert. Der junge Lenzburger «Estafet» erschien dort um die Mittagszeit mit Erlachs Schreiben. Sofort entstand die grösste Aufregung. Die Munizipalitätsmitglieder wurden bedroht und hielten es für das beste, «wegen persöhnlicher Sicherheit» und «um größeren Unordnungen und Exceßen vorzubeugen», auf 5 Uhr abends eine Gemeindeversammlung einzuberufen. Unterdessen schickte Munizipal Fiechter, offensichtlich helvetisch gesinnt, einen Eilboten nach Beromünster, um über die Kantonsgrenze hinweg den dortigen Distriktsstatthalter über die Vorgänge im Aargau schriftlich zu informieren. «Es ist mehr als zu wahr», schrieb er, «daß an Einführung des Alten gearbeitet wird. ... Wir sind in banger Erwartung der Dinge, die da kommen sollen.» Der versammelten Gemeinde las die Reinacher Munizipalität Erlachs Aufgebot vor und liess ziehen, wer ziehen wollte. Und die jungen Leute wollten diesmal! 37 machten sich unverzüglich auf den Weg, meist mit einem Gewehr, nur vereinzelt auch mit einer Patronentasche ausgerüstet. Andere liefen ohne Waffen mit. Einem zweiten Schreiben von Munizipal Fiechter an den Münsterer Statthalter ist zu entnehmen, daß die Unbewaffneten noch in der gleichen Nacht «in größter Stille» umkehrten, weil man sie nicht brauchen konnte. In andern Wynentaler Gemeinden dürfte der 14. September ähnlich verlaufen sein. Ausdrücklich erfahren wir für Gontenschwil, dass junge Leute gegen die helvetische Regierung zu den Waffen griffen[44].

In Suhr, wo von Lenzburg her auch General Erlach mit seinen Leuten eintraf, sammelte ein uns bestens Bekannter die Kampfwilligen: der Schöftler Ludwig May. Wie war es ihm gelungen, aus Aarau zu entkommen? Wir haben von den Ereignissen des Vortages etliches nachzuholen. May hatte die Stadt mit Wissen und Willen des Regierungsstatthalters verlassen, angeblich, um nach Bern zu reisen und sich dort beim Justizminister persönlich zu rechtfertigen. Rothpletz, voll Vertrauen, gab ihm sogar das Schreiben an den Minister mit, worin er diesem den neuen Sachverhalt mitteilte[45]. Wir müssen offenlassen, ob May über den Gang der Ereignisse informiert war und den Statthalter bewusst über seine wahren Absichten täuschte oder ob er erst ausserhalb der Stadtmauern vom militärischen Erfolg und den weiteren Plänen seiner Freunde hörte und sich ihnen anschloss. Die sogenannte Rueder Chronik, die im wesentlichen zweifellos wahrheitsgetreu berichtet, vertritt die zweite Version. Danach wurde Ludwig von seinen

52 Carl Friedrich May, 1768–1846, Schlossherr in Rued, Mitbeteiligter am Septemberaufstand, nach der Helvetik Kulmer Oberamtmann

53 Gottlieb May, 1776–1815, im Schloss Schöftland. Mitbeteiligter am Septemberaufstand, zuvor Emigranten-Leutnant

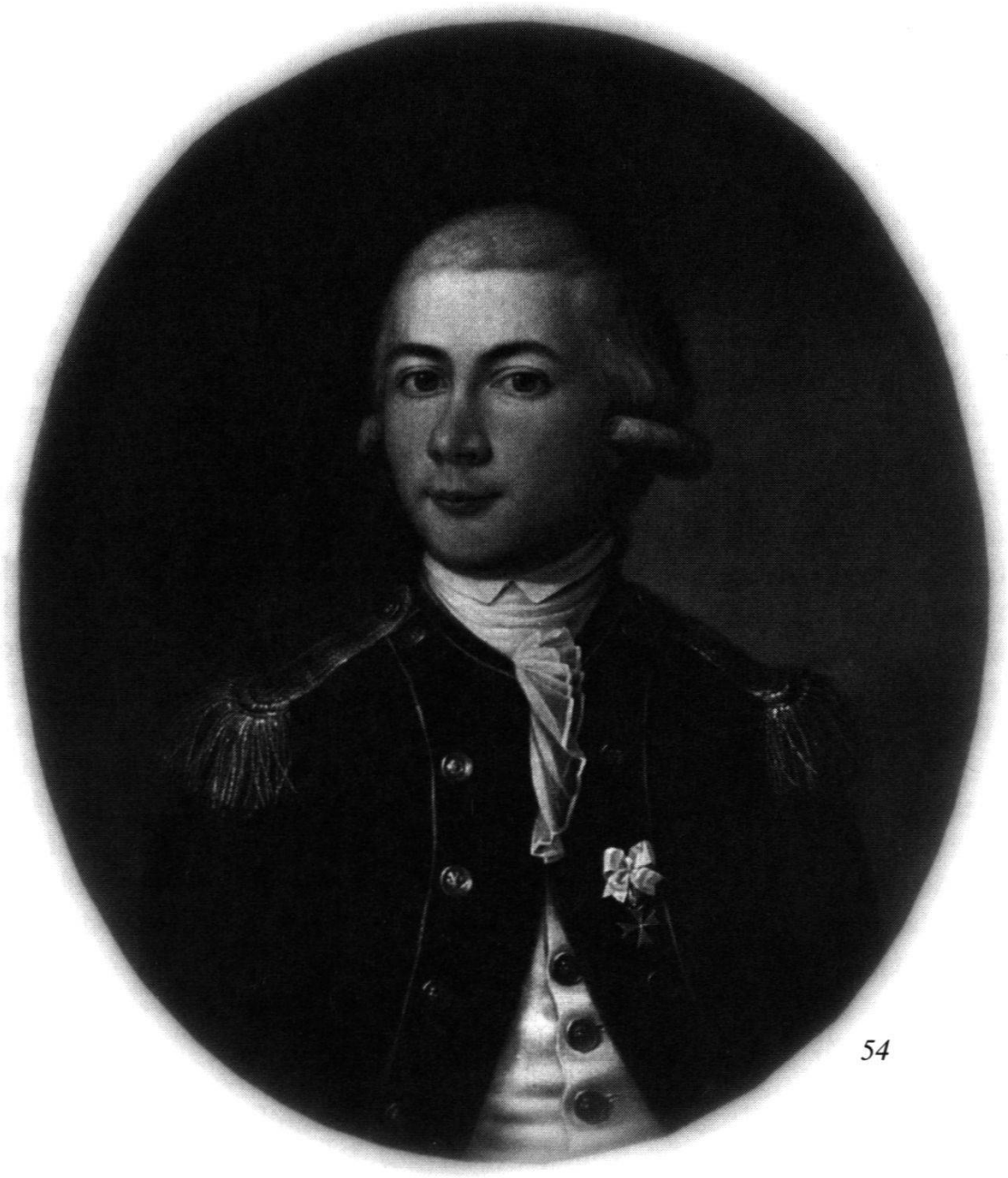
Brüdern abgefangen und liess sich überreden, mit ihnen nach Schöftland zurückzukehren. «Oberst Georg von Goumoins vom Brestenberg», berichtet die Chronik weiter, «überbrachte ihnen zu gleicher Zeit besondere Instruktionen vom Regierungs-Committe in Bern, welches sich heimlich aus Mitgliedern der vormaligen Regierung gebildet hatte. In der Nacht vom 13./14. September 1802 sammelten sich die Gutgesinnten der Umgegend auf den angewiesenen Sammelplätzen im Galgenmoos bei Rued und auf dem Uerkenberg bei Schöftland. Junker Gotllieb [von May] brachte noch einige entlassene Soldaten aus dem Regiment Rovéréa hinzu. In Schöftland vereinigten sich beide Haufen auf dem Hirschthaler Feld, wo sie nach einer rührenden Anrede des Pfarrer Rytz dem zu ihrem Hauptanführer erwählten Junker Ludwig so wie auch seinen Brüdern den Eid der Treue und des Gehorsams schworen. Die ganze Bewaffnung bestand aus 100 alten Munitionsgewehren, welche seit der Entwaffnung des Landes durch die Franzosen in einem hölzernen Speicher zu Schloßrued gelegen und von denen kaum 10 brauchbar waren.» Ein amtlicher Bericht ergänzt, dass der Rueder Schlossherr Carl May den Speicher morgens um ½4 Uhr durch zwei Knechte mit Äxten aufbrechen liess und dass die Waffen teils den vorbeiziehenden Soldaten ausgehändigt, teils der Mannschaft nachgeführt wurden. Neben 101 Gewehren waren im Speicher auch 54 Bajonette, 35 Säbel und 7 Pistolen. Doch lassen wir nochmals die Chronik sprechen: «Man setzte sich in Bewegung gen Aarau. Junker Ludwigs Truppe vermehrte sich dergestalt wäh-

rend des Vorrückens, daß die vier Brüder schon auf dem Felde außenher Suhr beschloßen, die Stadt alsobald aufzufordern. Junker Carl wurde zu dem Behuf mit einem Tambur vorausgeschickt. Nahe bei dem Siechenhaus trat er in Unterhandlung mit dem Kantonsstatthalter Rothpletz.»[46]

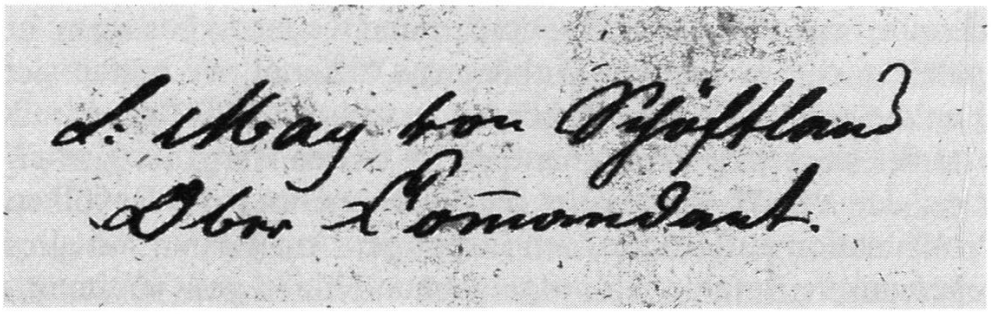
Rothpletz und die verantwortlichen Stadtbehörden willigten in die sofortige Kapitulation ein. Gleichzeitig genehmigten sie die Übergabebedingungen «vom kommandierenden Offizier des Truppencorps von Aarau», Ludwig May, der im Namen des «Comittes zur Herstellung der alten schweizerischen Eidgenossenschaft» in Bern auftrat. Das geschah am Nachmittag des 14. September, also Stunden, bevor die Reinacher und wohl auch die übrigen Wynentaler vor Ort eintrafen. Der Reinacher Munizipal Fiechter meldete in seinem zweiten Schreiben nach Beromünster auch Aaraus Kapitulation. Die Stadt habe sich «an den Herrn General von Erlach» ergeben, teilte er mit, nicht etwa an «Bürger Erlach». Man begann sich auf die neue Situation umzustellen[47].

Während Erlach mit seinen Scharen direkt nach Bern weiterzog und die helvetische Zentralregierung zur Flucht nach Lausanne nötigte[48], übernahm Ludwig May im Auftrage des Berner Komitees das militärische Kommando im Aargau. Eine heikle Lage entstand, als hier der helvetische General Andermatt mit seinen von Zürich zurückflutenden Truppen erschien. May verfügte zum Schutze Aaraus vor dem überlegenen Gegner nur über zwei Kompanien, drei Vierpfünderkanonen und 600 Patronen. Seine schwachen Kräfte liess er in den Suret vorrücken. Die eine Kompanie stand möglicherweise unter dem Kommando von Oberleutnant Daniel Haller, Mitglied der Munizipalität Gontenschwil. Zusätzlich bot May auf den 17. September überall den Landsturm auf. In Suhr sollen – nach Mays eigenen Angaben – gut 7000 Leute zusammengekommen sein. Allerdings rückten beispielsweise aus Reinach bloss zehn Mann ein. Die Munizipalität liess sich dabei zur Herausgabe der wenigen noch im Kaufhaus liegenden Waffen – neun Gewehre, einige Bajonette und Säbel sowie drei Hellebarden (!) – bewegen. Aus Hirschthal scheint ein einziger Landsturmmann abmarschiert zu sein, Samuel Klauenbösch, vermutlich identisch mit dem früheren Emigranten. Die Gemeinde gab ihm 5 Batzen mit auf den Weg. Zum Einsatz kamen die Leute nicht. May entschärfte die Situation durch Verhandlungen. Im beiderseitigen Einvernehmen zogen darauf die helvetischen Truppen kampflos Richtung Bern weiter, das aber inzwischen kapituliert hatte. Auch in Andermatts Armee müssen Kulmer mitmarschiert sein, reguläre Elitesoldaten. Dazu gehörten 13 Hirschthaler, «wo ins Welschland gezogen sind», ausgerüstet mit je 40 Batzen Reisgeld ihrer Gemeinde (18. Sept.)[49].

Ludwig May betont in einer persönlichen Darstellung der Ereignisse, seine in Eile zusammengezogenen Truppen hätten sich sehr diszipliniert verhalten, die «Sicherheit des Eigenthums und der Personen» sei im ganzen Kanton «sozusagen unverlezt» geblieben. Das mag im gesamten stimmen;



54



55

54 Ludwig May, 1770–1817, Kommandant der aargauischen Truppen beim Septemberaufstand von 1802, hier als junger Mann. May war Schlossherr in Schöftland, zeitweise helvetischer Munizipalitätspräsident und seit 1803 aargauischer Regierungsrat und Grossrat. Ölbild von Anton Hickel.

55 Unterschrift des Oberkommandanten unter einem Schriftstück vom 14. Oktober 1802

doch ohne gewalttätige Zwischenfälle lief der Feldzug nicht ab, wie ein Beispiel aus dem Kulmer Aufmarschgebiet zeigt. Der Hirschthaler Wirt Kaspar Hauri stellte später Rechnung für den Schaden, den er am 17. September durch Landstürmer erlitten hatte. Ob er sich als Freund der helvetischen Ordnung verhasst gemacht hatte, ist nicht bekannt. Jedenfalls stürmte laut seinen Angaben eine grosse Menge Soldaten ins Haus, verlangte zu essen und zu trinken, drückte mit den Gewehren Fensterscheiben ein, beschädigte den Ofen, zerschlug Geschirr und verliess den Gastraum schliesslich ohne jede Bezahlung des Verzehrten. Der Wirt war um 108 Mass (172 Liter!) Wein, 10 Mass Branntwein, 28 Pfund Käse und Brot für 7 Gulden ärmer[50]. Es war wohl gut, dass die alkoholisierten Männer nicht im Kampf eingesetzt werden mussten.

Ein später unter veränderten Verhältnissen angelegtes Verzeichnis erlaubt einen gewissen Rückblick auf die Septemberereignisse. Es nennt als aufrührerisch und überwachungsbedürftig im Bezirk Kulm die Gemeinden Oberkulm, Gontenschwil, Leutwil, Beinwil, Menziken, Rued und Schöftland sowie die Schlösser in Schöftland und Rued. Reinach fehlt in der Liste; vermutlich «besserte» es sich in den folgenden Wochen im Unterschied zu den andern Dörfern. Von den fünf Bezirken im westlichen Aargau hatte Kulm nach Brugg, wo sich sämtliche 28 Landgemeinden hatten mitreissen lassen, den stärksten Anteil an der sogenannten Insurrektion (Erhebung) genommen. Für Zofingen werden fünf Dörfer aufgezählt – die fünf südlichsten im Suhrental –, für Lenzburg vier sowie die Schlösser Brestenberg und Wildegg, für Aarau ausser dem damals dazu gehörenden Schinznach nur Gränichen[51].

Kurze Rückkehr zum Ancien Régime

Trotz dem völligen Zusammenbruch des helvetischen Staates blieb die Verwaltung im Aargau intakt. Selbst Statthalter Rothpletz führte sein Amt zunächst weiter. Am 16. September forderte er die Unterstatthalter in einem Kreisschreiben auf, ihre Geschäfte vorderhand weiter zu besorgen, und drei Tage später machte er «seinen Mitbürgern» bekannt, sie hätten sich nach wie vor an die gesetzmässigen Behörden zu wenden. Das Sagen im Kanton aber hatte der siegreiche «Kommandant im untern Aargau», Ludwig May. Er war es, der am 20. September nachdoppelte und die Bevölkerung in einer Proklamation aufforderte, den bisherigen Autoritäten «in allem, was nicht gegen unsere Befehle, Verordnungen und Maßregeln streitet», weiterhin Gehorsam zu leisten. Im übrigen sprach er jedermann «volle Sicherheit» zu, «er sei wer und von welcher politischen Meinung er wolle, sobald er sich nur ruhig und still verhält». Die Rueder Chronik berichtet, die ganze Landschaft habe sich «in allen militärischen, politischen und Civilangelegenheiten allein an ihn» (Ludwig May) gewandt[52]. Unter sich hatte May

Bezirks- und Stadkommandanten. Für die Bezirke Aarau und Kulm war Friedrich Diesbach von Liebegg zuständig. Die bisherigen Unterstatthalter – zwei von fünf wurden ausgewechselt, der wieder genesene Gehret blieb – erhielten am 30. September vom Oberkommandanten über die Verwaltungskammer die Weisung, sie sollten unter dem neuen Titel «Zivilkommissär» ihre Verrichtungen fortsetzen. In Requisitions- und Militärangelegenheiten hätten sie sich fortan ausschliesslich an die Bezirkskommandanten zu wenden. Formell war May nur militärischer Leiter, zumindest seit dem 21. September. In Bern trat an diesem Tag der alte Rat der Zweihundert zusammen, erklärte die Wiedervereinigung des Aargaus mit dem Mutterkanton, betraute eine «Standeskommission» mit den Regierungsgeschäften und bestimmte einen Statthalter für das Gesamtgebiet. Dieser ordnete seinerseits den ehemaligen Schenkenberger Landvogt Sinner als Regierungs- oder Oberzivilkommissär in den Aargau ab. Doch kam die Zivilverwaltung in diesen Tagen wenig zum Zug; das Militärische stand im Vordergrund[53]. Zwar erhielt der Kulmer Zivilkommissär Gehret in den ersten Oktobertagen von Regierungsstatthalter Bay in Bern die amtliche Anzeige über die Vereinigung der Kantone samt einigen Weisungen; die uns bekannten Befehle an die Gemeinden gingen aber von Kommandant May aus. Noch im September hatten sie Verzeichnisse der vorhandenen Waffen anzulegen, und anfangs Oktober mussten sie Dorfwachen mit scharf geladenen Gewehren organisieren. Letzteres war leichter gesagt als getan. Die Vorgesetzten von Reinach jedenfalls – man vermied den Ausdruck Munizipalität – ersuchten Zivilkommissär Gehret um Patronen, da sie keine hätten[54].

Es scheint, dass Gemeinden, die am Aufstand keinen Anteil genommen und ihre Soldaten nicht hatten marschieren lassen, von den neuen Befehlshabern zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein Eintrag in der Burger Gemeinderechnung vom Herbstmonat 1802 kann nicht anders interpretiert werden. Munizipalitätspräsident Eichenberger stellte 1 Gulden in Rechnung für eine Reise nach Aarau «wegen Beantwortung und zweite[n]s für Verhaltungs-Befehlen zu empfangen, weil verklagt war»[55].

Der Septemberumsturz brachte für die Kulmer Gemeinden auch Fuhrdienste mit sich. Der Bezirk Zofingen war damals «wegen Abführung der Artillerie von der Festung Aarburg als auch wegen der vielen über Luzern durch Zofingen marschierenden Truppen» von Requisitionen «hart mitgenommen». Daher wurden auf den 1. Oktober sechs Pferde aus dem Bezirk Kulm erwartet, in diesem Fall laut einer Aufforderung durch die Verwaltungskammer. Wahrscheinlich unabhängig davon fuhr der Unterkulmer Samuel Wälti, Heurüter, um dieselbe Zeit «mit einem Wägelein und 2 Pferdt auf Zofingen». Die Gemeinde vergütete ihm für den offensichtlich mehrtägigen Dienst 1 Dublone an Reisegeld[56].

Ergänzt sei, dass Regierungsstatthalter Rothpletz bis am 28. September auf seinem Posten ausharrte, dann aber sein überflüssig gewordenes Amt

niederlegte. Kommissär Gehret drückte einige Tage später dem «Herrn Regierungsstatthalter» sein Bedauern über den Rücktritt aus. Noch am 22. September war er für ihn «Bürger Rothpletz» gewesen. Im zweiten Brief fehlte überdies der «republikanische Gruss». Auch Gehret stellte um. Der Wechsel vom «Bürger» zum «Herrn» entsprach ohnehin einer Anordnung von Kommandant May[57].

3. Helvetisches Schlussspiel 1802/03

Es war nicht das einzige Mal, dass Jakob Gehret sich an neue Gegebenheiten anpassen musste. Denn nochmals drehte sich das Rad. Die Schweizer hatten sich getäuscht, wenn sie meinten, das Ruder wieder selbst in die Hand nehmen zu können. Während der Bürgerkrieg zwischen eidgenössischen und helvetischen Truppen noch im Gange war, zeigte der französische Konsul Napoleon am 4. Oktober sein wahres Gesicht. Er verlangte in ultimativer Form, alle Truppen seien zu entlassen, die letzte helvetische Verfassung sei vorerst wieder in Kraft zu setzen und Abgeordnete hätten sich mit ihm in Paris über eine definitive Staatsordnung zu unterhalten. Als die wiedererstandene Tagsatzung zögerte, machte er am 21. Oktober seine Drohung wahr und liess unter General Ney erneut rund 12000 Mann in die Schweiz einmarschieren[58].

Unruhige Jahreswende

Im Aargau bedeutete der Oktober eine Phase der Anarchie. Die seit kurzem regierenden Kräfte wollten nicht weichen, Johann Heinrich Rothpletz vermochte sich nur nach und nach als Regierungsstatthalter wieder durchzusetzen. Am 14. Oktober verabschiedete sich allerdings Oberkommandant May aus dem «Haupt-Quartier zu Arau» in einer letzten gedruckten Proklamation an die aargauischen Gemeinden von seinen «treuen, lieben Mitbrüdern und Freunden». In dem mit dem Berner Wappen geschmückten Erlass verkündete er: «Wir und unsre biedern Truppen fügen uns in den Befehl unsrer Obern, zu dem das Recht des Stärkern sie zwingt.» Er betonte, es gehe darum, das Unglück abzuwenden, welches ein neuer Einzug der Franzosen ins Land bringen würde, und er forderte seine Mitbürger deswegen auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Vernunft und Realitätssinn sind May nicht abzusprechen. Ganz gab er aber auch nach der Entlassung der Truppen noch nicht auf. Persönlich hielt er sich zwar im Hintergrund, doch versuchte der bisherige Oberzivilkommissär Sinner weiterhin eine Rolle zu spielen und setzte sich für das Fortbestehen der Vereinigung des Aargaus mit Bern ein. Er weilte in Schöftland, zweifellos im Schloss und unter dem Schutz der Familie May. Noch am 18. Oktober musste Rothpletz

An die Bewohner des obern und untern Aergäus.

Die fortdauernd glänzenden Fortschritte unserer braven und biederen Waffenbrüder sind Euch, wie bisher immer, so auch heute noch bekannt gemacht worden. Eben so offen und redlich haben wir Euch auch die politischen Ereignisse mitgetheilt, welche mit der Ankunft eines französischen Generals, als Abgesandter in Bern, eingetreten sind. Zwar kann in der Folge die jetzt angekündigte Vermittelung des ersten Consuls von Frankreich den schnellen Fortgang unsers Kriegsglücks hemmen, und die Beendigung unsers bisher so glücklich vollführten Werks verzögern.

Die Eydgnößische Tagsatzung in Schwyz kann einzig, und wird die daherigen Unterhandlungen leiten. Unterdessen, und bis auf die ehrenvollen, von der helvetischen Regierung in Lausanne vorzuschlagenden, Bedingungen, ein Waffenstillstand geschlossen seyn wird, setzt die Eydgenößische Armee ihre Unternehmungen fort. Freyburg ist über, und unsere Truppen befanden sich letzten Montags 3 Stunden von Lausanne. Auch wir sind fest entschlossen, bis zur endlichen Entwicklung in unsern bisherigen Verfügungen fortzufahren, jede unserer Maaßregeln mit Nachdruck zu handhaben, und jeden Ruhestörer, wie jeden Ausbreiter lügenhafter Gerüchte, mit verdoppelter Strenge zu bestrafen. Ruhe und Ordnung waren von Anfang an unser Zweck. Sie sind es noch, und wir werden ihn, wie bisher mit Gelindigkeit, so auch inskünftig, erforderlichen Falls mit erdrükender Gewalt zu erreichen wissen. Wir ermahnen daher Jeden ohne Unterschied, und in gänzlicher Uebereinstimmung mit den noch bestehenden Behörden im Aargäu, sich noch ferners, so lieb ihm seine Ehre und sein Kopf sind, nicht nur vor allem Thun, sondern auch vor allen Reden zu hüten, wodurch unsere biedern Truppen irre geleitet, oder mißtrauisch gemacht, oder lügenhafte, oder übertriebene, oder entstellte Nachrichten verbreitet, oder veranlaßet werden könnten; So wie wir uns anheischig machen, Euch fortgesetzt, mit unbiegsamer Wahrheit, die fernerenEreignisse und die jedesmalige Lage der Dinge bekannt zu machen.

Geben im Haupt-Quartier in Arau den 7. Oktobr. 1802.

L. May, von Schöftland,
Ober-Commandant der Bernerischen Truppen im Aergäu.

Em. v. Sinner,
Regierungs-Commissarius im Aergäu.

56 Proklamation des Oberkommandanten Ludwig May vom 7. Okt. 1802 (stark verkleinert). Noch glaubt May an eine für die Aufständischen günstige Entwicklung und fordert jedermann energisch zu Ruhe und Ordnung auf. Eine Woche später entliess er dann in einer neuen Proklamation (vgl. Text nebenan) seine Truppen.

in einem Schreiben an den Zivilkommissär betonen, dass er kraft der Proklamationen des Ersten Konsuls und des helvetischen Senats von anfangs Monat «als Regierungsstatthalter des Kantons Aargau dastehe» und erwarte, dass Sinner seinen Amtsverrichtungen keine Hindernisse in den Weg lege. Inzwischen konnte Rothpletz nur hoffen, dass seine Weisungen befolgt würden. Vermutlich in seinem Auftrag war der Unterkulmer Christen Berner ab 19. Oktober drei Tage unterwegs, um einen Pulverwagen mit zwei Pferden von Entfelden nach Zürich zu bringen. Seines Amtes sicher fühlen konnte sich der Regierungsstatthalter aber erst seit dem 23. Oktober, als Konkurrent Sinner durch die helvetische Zentralbehörde offiziell abberufen wurde[59]. Jakob Gehret – jetzt wieder als Distriktsstatthalter – wandte sich am gleichen Tag schriftlich «an den Bürger Rothpletz, Regierungsstatthalter des Kantons Aargau» und versicherte diesen, er dürfe «auf die geflißene Vollziehung» seiner Aufträge zählen. Er vergass auch den republikanischen Gruss nicht. Alles war wie zuvor. Rothpletz seinerseits ordnete erst durch eine Proklamation vom 27. Oktober an, «alle unter den Interimsregierungen oder ihren Truppenkommandanten ... gebildeten Behörden und eingesezten Beamten» seien «aufgelöst und außer Thätigkeit gesezt», die vor der Insurrektion tätigen Kantons- und Gemeindebeamten hingegen sollten an ihre Stellen zurückkehren. Die Bevölkerung wurde unter Androhung strengster Strafe zum Gehorsam gegenüber den gesetzlichen Organen aufgefordert[60].

Wo es Rothpletz nötig schien, nahm er bei den Beamten allerdings Umbesetzungen vor. Er hatte nun keine Hemmungen mehr, im Bezirk Kulm seinen Wunschkandidaten als Unterstatthalter zu berufen, Samuel Speck. Er tat es am 5. November mit den Worten: «Jezt aber wird es dringend erforderlich, daß die Stellen der Vollziehung durch Männer besezt werden, deren politische Denkungsart über alle Zweifel erhaben sey.» Gleichzeitig stellte er Gehret das Entlassungsschreiben zu. Ihm schrieb er: «Ohne die Verdienste zu mißkennen, welche Sie ... dem Vaterlande geleistet haben, muß ich doch den häufigen Vorstellungen Gehör geben, welche mir aus dem Distrikt Kulm zu Besezung der dasigen Statthalterstelle durch die Person eines biederen Mannes von republikanischer [Gesinnung] gethan werden, indem Ihr Betragen während der Insurrektion die Gemüther über Ihren Karakter in dieser leztern Rüksicht nicht zu beruhigen scheint.» Wie Rothpletz Gehret gegenüber persönlich eingestellt war, ob er ihm misstraute, wird aus dieser gewundenen Formulierung nicht klar. Er verschanzte sich hinter die «Vorstellungen» aus dem Bezirk Kulm. Wer aber richtete sich dort gegen Gehret? Samuel Speck? Und was warf man Gehret konkret vor? Dieser reagierte in einem Anwortschreiben an Rothpletz eher unerwartet. Er nehme dem Regierungsstatthalter die Entlassung gar nicht übel, und er sei froh, dass weder sein Verhalten während der Insurrektion noch seine politische Einstellung die Ursachen seien. Gehret selbst spürte also keinen

Vorwurf seines Vorgesetzten heraus und war überzeugt, Gerüchte im Bezirk hätten ihn zu Fall gebracht. Er wies darauf hin, sein Aufenthaltsort möge dabei eine Rolle gespielt haben, sein Wohnsitz auf der Liebegg, der Burg der in den Aufstand verwickelten Familie von Diesbach[61].

Die Bevölkerung im Aargau ging nach der neuen politischen Kehrtwendung nicht einfach zur Tagesordnung über. Mancherorts brodelte es. Der Distriktsstatthalter von Kulm – damals noch Jakob Gehret – meldete am 28. Oktober, in mehreren Gemeinden äusserten sich «starke Symptomen von Gährung». In Gontenschwil sorgte ein Gerücht, der Landsturm «werde ergehen», für Aufregung und allgemeine Verunsicherung. Jede Partei nahm an, ihre Gegner – je nachdem die aristokratischen oder die republikanischen – hätten im Bezirk oder im Kanton Freischaren mobilisiert. Auch sonst ging es in Gontenschwil sehr unruhig zu, und die Dorfwache musste sich Beschimpfungen durch Müller Häfeli gefallen lassen. In Schöftland trieben sich nachts einige der jungen Leute, die zuvor dem Aufgebot der Gebrüder May gefolgt waren, im Dorf herum, gaben Schüsse aus ihren Gewehren ab und leisteten sich auch sonst «ungezimete Unfugen». Weit schlimmer noch trieben es bewaffnete Rotten im Bezirk Brugg, zogen von Dorf zu Dorf, bedrohten die Patrioten mit Plünderung und Mord. Statthalter Rothpletz fürchtete auf Grund der Vorkommnisse zeitweise einen neuen allgemeinen Aufstand[62].

Inzwischen hatten aber fünf französische Kompanien den Aargau erreicht und hier die Festung Aarburg und die Städte besetzt[63]. Nun konnten die helvetischen Behörden entschiedener durchgreifen. Das galt auch gegenüber den Anführern des «lezthin erfolgten Volksaufstandes». Ludwig May als gewesener Oberkommandierender im Aargau wurde, gestützt auf einen Beschluss des Vollziehungsrats vom 29. November, für umfassende finanzielle Entschädigungen verantwortlich gemacht. Binnen zwei Wochen hätten er und seine ehemaligen Befehlshaber alle den staatlichen Verwaltern und Schaffnern «abgenöthigten Lieferungen an Geldern, Schuldtiteln, Effekten, Lebensmitteln und Naturalien» ersetzen sollen. In der Folge hagelte es im Schloss Schöftland von eingehenden Rechnungen. Ausser dem Kostenverzeichnis der Verwaltungskammer im Betrage von 8945 Franken trafen Forderungen der Munizipalität Aarau, der Munizipalitäten von Suhr und Aarburg, des Trüllmeisters von Windisch und des geschädigten Wirts von Hirschthal ein. Ein Rechnungsposten der Stadt Aarau von 90 Fr. bezog sich – um nur eine Einzelheit zu nennen – auf die zweispännige Kutsche, welche General Erlach am 15. September von Aarau nach Solothurn und weiter nach Bern gebracht hatte. May akzeptierte nicht einfach alles; er verhandelte und versuchte, die von der Kammer geltend gemachten hohen Kosten der gewesenen Standeskommission in Bern als seiner ehemaligen Oberbehörde zu überbürden. Mindestens zum Teil scheint ihm das nach etlichem Hin und Her gelungen zu sein. Mit der Stadt Aarau kam er zu

einem Kompromiss und bezahlte statt der ursprünglich verlangten 1225 Fr. nur deren 895. Nicht bekannt ist, ob sich einige von Mays Mitstreitern an den Kosten beteiligten[64].

Im übrigen unterhielt Ludwig May die Beziehungen zu seinen politischen Freunden weiterhin, insbesondere die zu Ringier-Seelmatter in Zofingen, mit dem er mindestens seit der Adressengeschichte zusammenarbeitete. In einem seiner Briefe versicherte Ringier seinem «hochgeehrtesten Herrn Freünd» in Schöftland: «Ich werde jede Zeit fortfahren, Ihnen anzuzeigen, was ich glauben kan, daß Sie intreßieren dürfte.» Pläne schmiedeten die Herren vorderhand allerdings keine mehr[65].

Während man den ehemaligen Befehlshaber finanziell unter Druck setzte, mutete man der Bevölkerung Treuekundgebungen und Entwaffnungen zu. Am 15. November schickte Unterstatthalter Speck dem Regierungsstatthalter die Zuschriften der Gemeinden Gontenschwil, Zetzwil, Reinach, Burg, Beinwil, Birrwil, Dürrenäsch und Hirschthal, worin die Munizipalitäten namens der Gemeinden erklärten, sie hätten am Aufstand keinen freiwilligen Anteil genommen und seien sich klar, dass sie «Frankreichs Regierung die übernommene Vermittlung verdankten». Von den übrigen Gemeinden, stellte der Unterstatthalter ärgerlich fest, seien ähnliche Zuschriften «trotz empfohlener Beschleunigung» noch nicht eingegangen. Zumindest die von Rued, vom 14. November datiert und im Original erhalten, muss aber auf dem Fusse gefolgt sein. Die Munizipalität versicherte darin, zweifellos stark untertreibend, es hätten sich nur sehr wenige Bürger aus dem Ruedertal am Septemberaufstand beteiligt. Den Beifall ihres ehemaligen Herrschaftsherrn, dem es vor allem um die Wiederherstellung seiner Vorrechte gegangen sei, habe die Gemeinde dafür nicht erhalten[66]. Es tat der Rueder Munizipalität, besonders ihrem Präsidenten Maurer, zweifellos wohl, sich vom Schlossherrn May distanzieren zu können, hatte man doch erst ein gutes halbes Jahr zuvor mit diesem der Bodenzinse wegen einen Strauss ausgefochten (S. 241 f.). Zwischen den Zeilen konnte man auch dem Regierungsstatthalter eines auswischen, der damals Carl May gegen die Bauern unterstützt hatte.

Auch Reinachs Schreiben ist im Wortlaut bekannt. Die Munizipalität schilderte kurz die Ereignisse des 14. September, distanzierte sich davon und betonte dann, seither seien «die befehle in hiesiger Gemeinde befolget worden, in steter Hinsicht und Vertrauen auf eine glückliche wendung dieser begebenheit, welche uns wirklich durch die Proklamation des ersten Consuls ist angeteütet worden». Der Rest war ein Loblied auf Napoleon, den «grossmütigen Held und Friedensstifter von Europa». Jeder Vernünftige, liess die Reinacher Behörde verlauten, könne mit Zuversicht hoffen, «daß unter der Leitung eines so großen die Freyheit und Menschenrechte ehrenden Mannes dieselben nicht werden eingeschränkt werden, sondern alles so ein Ende nehmen, das wir diesen neüen Beweis deß Wohlwollens

des Ersten Consuls gegen unser Vaterland mit Erkentlichkeit und Dank erkennen werden.»[67]

Man fragt sich, was sich die helvetischen Behörden von solchen erzwungenen, von Ergebenheit und hoffnungsvoller Freude triefenden Äusserungen versprachen. Zum Nennwert genommen haben sie sie bestimmt nicht. Dass sich die Bevölkerung nicht umerziehen liess, hatten sie inzwischen ja wohl gemerkt. Ein Hauptzweck der Veranstaltung war zweifellos, bei Frankreichs Lenker gute Stimmung zu machen und Kooperationsbereitschaft zu signalisieren, um Schlimmeres zu verhüten.

Auch hinter der erneuten Entwaffnungsaktion steckten die Franzosen. Sie war bereits in den Forderungen Napoleons vom 4. Oktober enthalten. Der stellvertretende Regierungsstatthalter Herosé – Rothpletz war als Abgeordneter nach Paris gereist – verfügte am 11. November die Einsammlung der Waffen im ganzen Kanton. Ruhig gebliebene Bürger durften sie nach seinem Erlass behalten, doch vermitteln die Ergebnisse aus dem Bezirk Kulm den Eindruck, es sei alles eingezogen worden. Selbst der gewesene Statthalter Gehret musste ein Gesuch stellen, um von der Entwaffnung ausgenommen zu werden. Verantwortlich für die rasche Abwicklung waren die Munizipalitäten, welche die Waffen einzufordern und dem Unterstatthalter abzuliefern hatten. Von «rasch» war jedoch vielerorts nicht die Rede, da Bürger und Gemeindebehörden einmal mehr passiven Widerstand leisteten. Im Bezirk Kulm liess Statthalter Herosé deshalb am 24. November ein französisches Detachement einrücken. Es bestand aus Soldaten, die sich in Aarau in Garnison befanden. Sie sorgten auf Weisung von Unterstatthalter Speck der Reihe nach in Oberkulm, Beinwil und Gontenschwil für die Abgabe der verlangten Waffen[68]. Von Zwischenfällen werden wir weiter unten erfahren (S. 279). In Gontenschwil wusste man sich zu arrangieren. Die Munizipalität leistete sich dort einen perfiden Streich. Statt die Soldaten bei ungehorsamen Bürgern unterzubringen, schickte sie das ganze Exekutionskorps dem patriotisch gesinnten Wirt Steiner auf den Hals. So liess sich durch die Anwesenheit des Militärs niemand stark beeindrucken. 21 Männer, die «unter den Insurgenten» gedient hatten – später ist sogar von 32 Leuten die Rede –, gaben ihre Waffen beharrlich nicht ab. Ihre Rädelsführer waren Aide-Major Frey und die Leutnants Haller und Peter, «diese bekannten Creaturen und Werkzeuge der Bürger May», wie sich Samuel Speck ereiferte. Haller war Mitglied der Munizipalität. Am zweiten Tag war die Situation unverändert. «Sie gehören zur Hefe des Pöbels», schimpfte der Unterstatthalter über die Widerspenstigen und schlug dem Regierungsstatthalter gleichzeitig vor, die Truppen durch andere Soldaten zu ersetzen. Er werde sie dann bei den Begütertsten unter den Übelgesinnten einquartieren. Herosé ging darauf ein und schickte unverzüglich 50–60 andere Franzosen. Er liess Speck freie Hand, die ungehorsamen Gontenschwiler Offiziere entweder gefangen zu nehmen oder mit besonders starker

Einquartierung zu belegen. Die Munizipalität des aufmüpfigen Dorfes aber schickte die Rechnung für alles, was die 35 anfänglich einquartierten Soldaten während 3½ Tagen im Wirtshaus verzehrt hatten – Lebensmittel für Fr. 743.55 –, kurzerhand an Ludwig May. Ihn betrachtete sie offenbar als den Verursacher der neuen Nöte. Der Junker dachte allerdings nicht daran, die Rechnung zu bezahlen (vgl. S. 278)[69]. Das erste Detachement wechselte unterdessen ins Suhrental nach Schöftland. Am Abend des 30. Novembers trafen von dort Waffen in Unterkulm ein, doch war Speck überzeugt, es seien nicht alle. Der Schöftler Munizipalität traute er ohnehin gar nicht. Zudem vermutete er Waffendepots in den Schlössern Schöftland und Rued. Ludwig May teilte ihm allerdings brieflich mit, im Schloss seiner Familie befänden sich lediglich Jagdflinten. Er konnte es dabei nicht lassen, dem Unterstatthalter Vorwürfe zu machen, weil er ihn verdächtige und sich «einen Eingriff in die Eigenthumsrechte seines Hauses» erlaube. Speck reagierte entsprechend unwillig und antwortete dezidiert, Mays drohende Haltung sei nicht geeignet, ihn zu beunruhigen. Der früher sehr höfliche Ton zwischen den beiden Männern war Gehässigkeiten gewichen. Beide hatten die Maske fallen lassen[70].

Schliesslich scheinen auch die erwarteten Gontenschwiler Waffen oder doch die meisten beim Unterstatthalter angekommen zu sein. Dieser legte am 6. Dezember ein Verzeichnis an. Er bemerkte dazu, die Waffenzahl sei nicht sehr gross, da mehrere Gemeinden schon 1798 und 1799 entwaffnet worden seien. Die Sammlung aus allen 16 Kulmer Gemeinden ergab 527 Gewehre – wovon 141 allein aus Unterkulm –, ferner 26 Patronentaschen, 87 Säbel, 12 Pistolen, 7 Bajonette, 5 Hellebarden und 3 Trommeln. Es war Sache des Unterstatthalters, für ein Fuhrwerk besorgt zu sein, das die Waffen nach Solothurn brachte[71].

Exekutionstruppen mussten auch in den Bezirken Aarau (Gränichen, Schinznach), Zofingen und Brugg eingesetzt werden. Statthalter Herosé hoffte, die eingesammelten Waffen im Kanton behalten zu können, zum Beispiel auf der Festung Aarburg; doch wurden sie, wie eben erwähnt, nach Solothurn abgeführt[72].

Im Zusammenhang mit der grossräumigen Entwaffnung mussten auch Fuhrleistungen erbracht werden. Mitte November erwartete man in Zofingen eine grosse Ladung Kriegsgerät aus der Innerschweiz. Für den Weitertransport nach Burgdorf waren 50 Zugpferde mit 25 Karrern nötig. Alles hatte der Bezirk Kulm zu stellen. Der Unterstatthalter wurde dabei ausdrücklich angewiesen, auf Gemeinden Rücksicht zu nehmen, «welche die Insurrektion nicht befördert haben». Die Pferde mussten innert zwei Tagen, abends 5 Uhr, in Zofingen eintreffen. Sie würden sonst durch Militär abgeholt, drohte der Regierungsstatthalter zum voraus. Von Reinach ist bekannt, dass es zusammen mit Leimbach sechs der Pferde mit drei Knechten aufzubringen hatte. Das Dorf liess es diesmal vorsichtigerweise auf keine

Auseinandersetzung ankommen und gehorchte. Die Pferde blieben sechs Tage lang unterwegs[73].

Es fällt auf, wie nervös die Behörden in Kanton und Bezirk in diesen Tagen reagierten. Unterstatthalter Speck, der früher meist einen ruhigen Kopf behalten hatte, erging sich in wütendem Schimpfen über widerspenstige Bürger; der stellvertretende Regierungsstatthalter glaubte Befehle nur noch mit Drohungen durchsetzen zu können. Im Grunde gestanden die Vertreter der Helvetik durch ihr Verhalten ein, dass sie trotz einer Gnadenfrist endgültig abgewirtschaftet hatten. Das Vertrauen zwischen Volk und Regierung, das im Laufe der paar Jahre immer mehr gelitten hatte, war auf dem Nullpunkt angelangt.

Gegen aussen suchte der interimistische Regierungsstatthalter Herosé die Lage allerdings zu beschönigen. In einem Bericht von anfangs Dezember an die aargauischen Deputierten in Paris spielte er die Septemberereignisse völlig hinunter. Ausser den einstigen Emigranten seien nur ganz wenige Freiwillige, höchtens 6–8 aus einer Gemeinde, für die Insurrektion marschiert. Zahlreiche Gemeinden hätten sich «immerfort der Regierung und der Verfassung unerschütterlich treü erwiesen». Die Aushebungen seien überhaupt nur durch «Drohungen und schriftliche strenge Befehle» zustande gekommen. Aus fast allen Gemeinden erhalte er «tägliche Versicherungen, wie leid ihnen die Sache sei» und wie dankbar sie dem «fränkischen Consul» für die Vermittlung seien. Herosé erwähnte dabei insbesondere die uns bekannten Speichellecker-Briefe aus dem Bezirk Kulm. Dass er deren Inhalt für bare Münze nahm, glauben wir ihm nicht. Seine Absicht war zweifellos, den Aargau beim französischen Machthaber in einem nicht allzu schlechten Licht erscheinen zu lassen. Wollte man doch in Aarau den eigenen Kanton behalten! In Wirklichkeit traute Herosé seinen Mitbürgern gar nicht und liess sich durch Gerüchte sehr rasch aus der Ruhe bringen. Eine Woche nach dem ersten Bericht schrieb er nach Paris von erhitzten Gemütern, vor allem in den Bezirken Brugg und Kulm, verursacht durch «größte Thätigkeit» der bekannten Insurgentenchefs. Besonders unsicher fühlte er sich, weil er keine Ahnung hatte, was allenfalls geplant war. So traf er vorsorgliche Massnahmen und ersuchte die französischen Kommandanten im Aargau, in Zusammenarbeit mit den Distriktsstatthaltern möglichst überall Truppen patrouillieren zu lassen, namentlich aber in den Gegenden, die am Septemberaufstand beteiligt gewesen waren[74].

Die erneut verdächtigten Insurgentenchefs wunderten sich. Nach Mitte Dezember tauchten auch in Reitnau, Attelwil und Schöftland täglich 10–12 Mann starke bewaffnete Patrouillen auf. Ludwig Mays Brieffreund Ringier brachte heraus, dass der Zofinger Platzkommandant den Befehl zu dieser Vorsichtsmassnahme erhalten hatte, «weilen man einen neüen Aufstand besorge und das Landvolk über alle Begriffe irritiert seye und drohe». Obwohl Ringier an Aufstandsbestrebungen nicht glauben konnte, bat er May

doch, da er «einen so großen Einfluß bey dem Volke» habe, beschwichtigend zu wirken, um «unangenehme Auftritte» zu vermeiden. Das Schreiben von Ringier belegt sicher zur Genüge, dass die Führer der aristokratischen Partei zu diesem Zeitpunkt keine Umsturzgedanken mehr hegten. Herosé sah seine Überreaktion bald ein. Am 25. Dezember schrieb er den Deputierten in der französischen Hauptstadt, die Gefahr sei verschwunden, es herrsche wieder «eine friedlichere Stimmung»[75].

In der gespannten Situation konnten jedoch weitere Widerstands- und Trotzaktionen einerseits und autoritäres Gebaren anderseits nicht ausbleiben. In Gontenschwil hatte die Entwaffnungsaffäre im Januar 1803 ein Nachspiel. Vier Munizipale (von sechs), nämlich Hans Rudolf Frey, Hans Rudolf Schlatter, Hans Rudolf Gautschi und Daniel Haller, veranstalteten auf eigene Faust eine Gemeindeversammlung. Frey übernahm den Vorsitz und liess gegen einigen Protest beschliessen, die Kosten für die Exekution seien nicht von den Verursachern, sondern von der ganzen Gemeinde zu tragen. Es dürfte sich dabei um die Auslagen für beide Exekutionsdetachemente gehandelt haben, da Ludwig May den ihm abgeforderten Beitrag kaum geleistet hatte. Zudem wurden Beschuldigungen gegen das patriotische Munizipalitätsmitglied Hans Rudolf Haller und gegen Armenpfleger Hunziker laut. Einem andern Hunziker wurde sogar sein Weibelamt aberkannt. Die Reaktion des Unterstatthalters folgte auf dem Fusse. Er erklärte die Beschlüsse der nicht bewilligten Versammlung – Kostenumverteilung und Abwahl des Weibels – für «null und nichtig»[76].

Speck hielt es anfangs Februar an der Zeit, eine Säuberungsaktion in umgekehrter Richtung durchzuführen. So sehr er Veränderungen bei den Munizipalitäten abgeneigt sei, schrieb er dem Regierungsstatthalter, sehe er sich doch genötigt, um einige Änderungen zu ersuchen. Am dringendsten sei die Ablösung der vier selbstherrlichen Gontenschwiler Munizipale, die «durch ihr Betragen stets den allerschlimmsten Geist gezeigt» hätten und «der Oligarchie, folglich auch den Insurgenten-Chefs May unbegränzt ergeben» seien. Er schlug zu ihrem Ersatz drei Männer vor (bewusst einen weniger), die nach seiner Meinung «zuverläßig zu den Angesehensten und Tüchtigsten von Gontenschwil» gehörten: Kantonsgerichtssuppleant Hans Rudolf Steiner, Verwaltungskammersuppleant Hans Rudolf Bolliger, alt Untervogt Samuel Bolliger. Für «nicht minder schlimm gesinnt» taxierte Speck die Munizipalitätspräsidenten Huber von Oberkulm und Scheurer von Leutwil sowie das Munizipalitätsmitglied Bolliger von Leutwil. In Rued waren ihm die Munizipale Wullschleger und Hans Rudolf Maurer ein Dorn im Auge, die sich «als thätige Werkzeuge der dortigen vormaligen Herrschaftsherren» hatten gebrauchen lassen. Für alle diese ihm suspekten Beamten hatte der Unterstatthalter ebenfalls Ersatzvorschläge bereit. In Reinach schliesslich begehrte Präsident Haller von sich aus die Entlassung, was Speck als «in keiner Rücksicht von Nachtheil» erachtete. Hier wollte

er den Agenten Sebastian Hediger nachrücken lassen, den er schon bei früherer Gelegenheit gerühmt hatte. Interimsstatthalter Herosé schloss sich den Vorschlägen aus Unterkulm im Falle von Gontenschwil und von Reinach an. Hingegen blieben die Munizipale von Rued und von Leutwil und wahrscheinlich auch der Oberkulmer Präsident im Amt[77]. Der aargauische Regierungsstatthalter hatte schon länger die Vollmacht, Munizipalitätsmitglieder, die er nicht für vertrauenswürdig hielt, kurzerhand zu entlassen und auf Grund eines Doppelvorschlages durch die restliche Munizipalität zu ersetzen. Seit dem 6. Dezember 1802 stützte er sich sogar nur noch auf einen Einervorschlag des Distriktsstatthalters. Änderungen liess er jeweils unter der grossspurigen Formel «Der Regierungsstatthalter beschliesst» in sein Protokoll eintragen. Das Wahlrecht der Bürger für die Gemeindebehörden war abgewürgt; die Reste der Gemeindeautonomie waren weiter geschrumpft. Wie hatte man einst die Rechte der helvetischen Bürger als revolutionäre Errungenschaft hochgelobt![78]

Es kann nicht erstaunen, dass die Aargauer weiterhin offen waren für Aktionen der Berner Aristokraten, etwa wenn diese wieder Unterschriften sammelten oder an Offiziere Brevets und an Soldaten Erinnerungsmedaillen austeilten. Bernische Offiziersbrevets sollen im Februar auch in Hirschthal, Gontenschwil und Reinach aufgetaucht sein. Der Unterstatthalter brachte aber trotz Verhören nichts Genaues an den Tag[79]. Solche Vorfälle waren dazu angetan, die Spannung immer neu anzuheizen.

Und wieder die Franzosen

Mit der französischen Armee kehrten die alten Übel und Nöte in unser Land zurück. Unter Einquartierung hatte der Bezirk Kulm allerdings zunächst nicht mehr zu leiden, da die Truppen wie schon seit dem Sommer 1801 auf die Städte konzentriert waren (von einigen Gemeinden des Bezirks Zofingen abgesehen)[80]. Eine Ausnahme bedeuteten die Exekutionskorps, die im November 1802 in etlichen widerspenstigen Kulmer Gemeinden Waffen eintrieben (S. 275 f.). Im Zusammenhang mit der *Entwaffnung* im Kanton, welche die Bevölkerung ohnehin wieder gegen die Besetzer aufbrachte, machten sich einige französische Kommandanten besonders verhasst. Wohl unübertrefflich war die Arroganz des Platzkommandanten in Lenzburg, welcher in der Stube des dortigen Unterstatthalters erklärte, da habe er zu befehlen, und wenn der Distrikt nicht innert 12 Stunden entwaffnet sei, belege er alle Gemeinden mit Husaren und setze den Statthalter in Arrest. Im Bezirk Kulm lernten Beinwil und Gontenschwil einen andern Platzkommandanten, den von Aarau, ebenfalls von einer sehr fragwürdigen Seite kennen. Während der Anwesenheit einiger seiner Soldaten in Beinwil war er ohne Wissen des aargauischen Regierungsstatthalters dort aufgekreuzt. Chancel, so hiess er, war als Kommandant in Aarau bereits durch

masslose Ansprüche unangenehm aufgefallen. Nun forderte er in Beinwil nicht nur alles mögliche, sondern erpresste von der Gemeinde überdies 25 Louisdors in Gold. Dasselbe Spiel hatte er zuvor bereits in Gränichen erfolgreich gespielt. Die Untat in Beinwil stand möglicherweise in Zusammenhang mit einer Behauptung des Kommandanten, seinem Husaren seien die Pistolen gestohlen worden. Wir erinnern uns an einen früheren ähnlichen Vorfall in Gontenschwil (S. 73). Dort trieb Chancel jetzt ebenfalls sein Unwesen. Das Dorf hatte ihm 260 Fr. bar auszuhändigen und erst noch sechs Säcke Kartoffeln nach Aarau nachführen zu lassen. Auch verlangte er für die Soldaten «Rauk- und Schnupftaback». Die Gemeinde setzte dann die Auslagen samt den Verpflegungskosten für die Exekutionstruppen auf die schon erwähnte Rechnung an Ludwig May (S. 276). Beinwil und Gränichen hingegen bemühten sich, die erpresste hohe Summe über die Behörden zurückzuerhalten. Der Regierungsstatthalter wandte sich mit einer Anzeige an das helvetische Kriegsdepartement in Bern und gab seiner Empörung über das allgemeine Verhalten des französischen Offiziers offen Ausdruck. Man erhalte nicht den Eindruck, meinte er, «als wären die fränkischen Truppen anwesend, um den Frieden zu gebieten, sondern vielmehr um zu brandschatzen». Der Kriegsminister erreichte dann beim französischen Obergeneral Ney tatsächlich die Abberufung Chancels als Platzkommandant in Aarau. Dagegen gelang es dem Regierungsstatthalter nicht, die in Gränichen und Beinwil erpressten Gelder zurückzubekommen, obwohl er deswegen zweimal beim französischen General Eppler in Solothurn vorstellig wurde[81].

Finanziell bekamen die Gemeinden die Anwesenheit der fremden Armee rasch wieder zu spüren. Am 15. November ordnete die Verwaltungskammer an, die zweite Hälfte der im Juli ausgeschriebenen Kriegssteuer (Vermögensabgabe von 1‰) sei nun als Folge der «beträchtlichen Truppenzahl» im Kanton zu entrichten. Die Steuer war damals wegen des bevorstehenden Abzugs der Franzosen auf die Hälfte reduziert worden. Nun hätte der zweite Teil innert acht Tagen berappt werden sollen. Dabei waren die Gemeinden mit der Bezahlung der ersten Hälfte noch stark im Rückstand. Aus dem Distrikt Kulm fehlten am 22. November noch immer gut zwei Drittel, obwohl den Gemeinden anfangs Monat zugesichert worden war, sobald sie die Rate bezahlt hätten, bekämen sie die Entschädigung für den Abtransport der fränkischen Artillerie im August. Im Aargau machte die zweite Steuerhäfte 13 856 Fr. aus. Kaum hatte die Verwaltungskammer ihre Bezahlung befohlen, verfügte der helvetische Senat zusätzlich, der Aargau habe an den Unterhalt der fränkischen Truppen mit 30 000 Fr. beizutragen (das ganze Land mit 625 000 Fr.). Der Regierungsstatthalter erreichte es immerhin, dass die erste Summe als Anzahlung an die neue Steuer angerechnet wurde. Der Bezirk Kulm hatte insgesamt ca. 4260 Fr.

aufzubringen. Gontenschwil wurde mit Fr. 636.40 am meisten belastet, die kleine Burg mit 64 Fr. am wenigsten[82].

Die neue Anwesenheit der Franzosen brachte auch wieder *Fuhrdienste* mit sich. Anfänglich wurde der Bezirk Kulm wenig tangiert, wenn wir vom Transport am 18. November anlässlich der Entwaffnung der Innerschweiz absehen (S. 276), die ohne Zweifel auf französische Anordnung geschah. Noch Mitte Dezember hiess es bei der Verwaltungskammer, der Distrikt Kulm sehe im Unterschied zu Zofingen keine Truppenmärsche und sei auch von keinen Fuhrungen belastet. Das zweite stimmte allerdings nicht. Allein Reinach stellte mit Leimbach zusammen am 1. Dezember für drei Tage sechs angeschirrte Pferde mit drei Karrern für einen Artillerietransport von Aarau nach Baden und eine Woche später nochmals zwei Pferde mit Mann und Wagen für eine achttägige Requisition. Zumindest Unterkulm und Burg waren an der ersten Fahrt ebenfalls beteiligt. Am 17. Dezember dann wurde der Bezirk Kulm aufgefordert, seinen Zweispänner zur Entlastung von Zofingen bis auf weiteres wieder auf die dortige Station zu schicken. Die Zofinger Stationswagen hatten jetzt aufwärts bis Herzogenbuchsee und abwärts bis Mellingen zu fahren. Die Kulmer liessen sich mehrere Tage Zeit, bis ihr Gefährt in Zofingen eintraf. Gegen Ende Dezember richtete die Verwaltungskammer auf Weisung des französischen Kriegskommissärs in Zürich einen kurzfristigen Park von 15 Wagen in Suhr ein. Er war für den Weitertransport der Waffen bestimmt, die von Zürich und aus der Ostschweiz von Station zu Station herangeschafft wurden. In Suhr wurden die Gewehre auf die Aargauer Dreispänner – bei den ersten Fahrten auf Vierspänner – umgeladen und anschliessend nach Langenthal weiterbefördert. Die Verwaltungskammer erhob jedoch wegen der zu langen Strecke Einspruch. Sechs Stunden Fahrt seien zuviel, wenn die Pferde unterwegs nicht einmal gefüttert werden dürften. Die begleitenden französischen Soldaten erlaubten das nämlich nicht, sondern zwangen die Fuhrleute, «unaufhaltsam an den Ort ihrer Bestimmung zu fahren». Der helvetische Regierungskommissär erreichte dann bei den französischen Militärbehörden nach einigen Tagen die Rückverlegung der Station nach Murgenthal. Die Verwaltungskammer liess zunächst drei Fahrten durch Fuhrwerke aus dem Bezirk Aarau ausführen. Dann wurde gewechselt. Auf den 4. Januar, abends, wurden zehn Gespanne aus dem Distrikt Kulm und fünf aus dem Distrikt Lenzburg zu den nächsten drei Transporten aufgeboten. In einer dritten Runde hatten die Bezirke Kulm und Lenzburg mit je fünf Wagen zu fahren und der Bezirk Aarau nördlich der Aare (samt dem Schenkenbergertal) mit den restlichen fünf [83].

Über die weiteren Requistionsleistungen des Bezirks Kulm im Jahr 1803 sind wir nur unvollständig orientiert. Auf der Station Zofingen war offensichtlich durchgehend ein Wagen im Einsatz. Die Unterkulmer Rechnungen erwähnen den Dienst in Zofingen vom 10. März bis zum 20. Mai und den

anschliessenden vom 21. Mai bis zum 23. Juli. Mindestens vereinzelt müssen aber auch wieder Extrafuhrungen stattgefunden haben, wie sporadische Quellanangaben belegen. Am 4. Januar fanden sich zwei Zweispänner aus Reinach-Leimbach für ein mehrtägiges Aufgebot in Aarau ein. Zweck und Ziel der Fahrt sind nicht bekannt. Andere Gemeinden blieben sicher nicht restlos verschont. Die Gemeinderechnung von Hirschthal weist für 1803 soviele nicht näher umschriebene Requisitionsposten auf – zusammen rund 90 Gulden –, dass sich nicht alle auf den Zofinger Dienst bezogen haben können. Ein guter Teil der Aufgaben wurde auch jetzt wieder durch den Kulmer Gemeindeverband durchgeführt, der sich früher schon bewährt hatte (S. 106 ff.). Wiederholt besprachen sich die Gemeindevertreter am Bezirkshauptort. Der Teufenthaler Präsident Mauch zum Beispiel begab sich am 31. März und am 27. Mai dorthin «wegen Requisitionsfuhren, die den ganzen Bezirk angegangen». Der Burger Präsident kam anfangs Juni in Kulm mit Vertretern von Rued und von Schöftland zusammen, um eine strittige Requisitionsangelegenheit zu regeln. Teufenthal führte am 1. Oktober noch eine Requisitionsfuhre nach Brugg durch und Unterkulm am 23. Oktober eine andere mit unbekanntem Ziel[84]. Aufgebote für Pferde und Wagen erfolgten zweifellos nochmals im Februar 1804, als die französischen Truppen unser Land definitiv verliessen.

Die Kosten für die Fuhrdienste lasteten auch in dieser Zeit praktisch voll auf den Gemeinden. Die Verwaltungskammer ersetzte zwar ihre Auslagen. So bezog Unterkulm im Laufe des Jahres 1803 Requisitions-Vergütungen von insgesamt 97 Gulden, teils direkt von der Kammer, teils über andere Gemeinden oder den Bezirkskassier Siegrist in Leimbach[85]. Doch die Entschädigungen wurden wie früher mit Hilfe der zuvor eingetriebenen Steuergelder ausgerichtet (S. 108 f.).

Auch um *Einquartierungen* kam der Bezirk Kulm nicht ganz herum. Zumindest in Unterkulm müssen sich im März 1803 französische Truppen befunden haben. Samuel Berner fuhr im Laufe des Monats dreimal mit einem Zweigespann nach Aarau, um dort Fleisch und Brot zu holen; und Bärenwirt Weber stellte später Rechnung «für verschiedene Zehrungen von fränkischen Offiziers und Soldaten». Aber auch Hirschthal hatte Einquartierung. Schuhmacher Samuel Müller musste dort für französische Soldaten «Roßgschir» und Schuhe flicken. Zum Dank dafür entwendeten sie ihm einen Sack im Werte von 20 Batzen[86].

Alles in allem wirkte sich die Besatzung für den Distrikt Kulm doch weniger drückend aus als in der ersten Phase. Die Fuhrdienste waren vergleichsweise beschränkt, die Einquartierungen mit all ihren Umtrieben fielen fast ganz weg, die unangenehmen Heulieferungen wiederholten sich nicht. Die finanzielle Belastung war aber auch jetzt beträchtlich. Und angesichts der nun seit Jahren andauernden Leiden waren die neuen Nöte für die Bevölkerung schlimm genug.

4. Übergang zur Mediationszeit

Inzwischen war unter der bestimmenden Leitung Napoleons die künftige schweizerische Staatsordnung ausgearbeitet worden und trat im März 1803 in Kraft. Eine Verfassung, die weitgehend föderalistische Wünsche berücksichtigte, liess den helvetischen Einheisstaat endgültig von der Bildfläche verschwinden. Sie ersetzte ihn durch einen Bund, wo die Kantone von Verwaltungsbezirken definitiv wieder zu Staaten mit eigenen Grundgesetzen aufrückten. Der Aargau wurde nicht mehr mit Bern vereinigt und erhielt seine heutige Form. Hinübergerettet wurden aus der helvetischen Zeit, wenigstens im Prinzip, die Rechtsgleichheit und einzelne Freiheitsrechte. In der Mischung von Überliefertem mit einigen revolutionären Zugaben bestand Napoleons Vermittlung zwischen dem republikanisch-unitarischen und dem aristokratisch-föderalistischen Lager. Daher die Bezeichnung der neuen Ordnung als Vermittlungs- oder Mediationsverfassung[87].

Im Aargau wirkte seit dem 12. März die von der Mediationsakte vorgesehene siebenköpfige Regierungskommission, welche die Kantonsverfassung umzusetzen hatte. Ihr gehörten auch Regierungsstatthalter Rothpletz, der sein bisheriges Amt offiziell niederlegte, und der Präsident der Verwaltungskammer an. Die bestehenden Bezirks- und Gemeindebehörden blieben bis auf weiteres im Amt[88]. Sie durften nun ruhigeren Zeiten entgegenblicken, wenn auch die Umstellung auf die neuen Verhältnisse mancherlei Arbeit mit sich brachte und die Gemeinden sicher noch lange an den Folgen der helvetischen Zeit, vor allem finanzieller Art, zu tragen hatten.

Neben Schulden blieben da und dort bei Gemeinden und Privaten auch unerledigte Forderungen zurück, unter anderem solche gegenüber dem bisherigen Kriegsdepartement. Sie wurden im Aargau im Verlaufe des Monats März zusammengestellt. Im Bezirk Kulm reklamierten die Gemeinden Burg, Unterkulm, Dürrenäsch, Rued und Hirschthal zusammen 257 Patronentaschen, die sie 1799 nach Lenzburg hatten liefern müssen, Unterkulm und Dürrenäsch zudem 49 Trommeln. Die Ersatzsumme dafür belief sich auf über 1400 Fr. Leutnant Frey von Gontenschwil, Unterleutnant Johann Rudolf Fischer von Reinach und Soldat Hans Rudolf Weber von Beinwil machten kleinere rückständige Soldbeträge geltend. Der ehemalige Unterstatthalter Gehret hatte für eine unbekannte Leistung 176 Fr. zugut. Die Gemeinde Schöftland, Georg Hunziker von Gontenschwil und Hans Rudolf Siegrist von der Burg forderten Ersatz für ein verlorenes Pferd. Jakob Steiner in Rued wollte für die Bewirtung von helvetischen, fränkischen und österreichischen Soldaten bezahlt sein. Der Reinacher Samuel Fischer hatte sogar eine Forderung, die auf den Abwehrkampf Berns gegen die einfallenden Franzosen im März 1798 zurückging. Als Dragonerhauptmann hatte er damals seiner Kompanie Fleisch, Brot und Fouragerationen für gut 900 Fr. zukommen lassen; doch war seine Rechnung dann bei der bernischen Ver-

waltungskammer liegen geblieben. Es war nicht damit zu rechnen, dass alle Ansprüche erfüllt wurden. Die aargauischen Behörden erachteten nur einen Teil davon als «gesetzlich richtig», den Rest – so die verlorenen Pferde, die Bewirtung der Soldaten und auch Fischers Lieferungen – als zweifelhaft[89].

Wahlen im Zeichen der Reaktion

Wir wollen uns abschliessend der Frage zuwenden, wie sich die Ablösung von der Helvetik im Bezirk Kulm gestaltete. Dessen äussere Form blieb erhalten, mit einer Ausnahme: Holziken, bis dahin nach Zofingen orientiert, kam neu hinzu und ersetzte Hirschthal, das an den Bezirk Aarau umgeteilt wurde[90]. Aufschluss über die vorherrschende politische Stimmung und Entwicklung geben uns die Ergebnisse der verschiedenen Wahlen.

Als erstes wurde das neue Kantonsparlament bestellt, der *Grosse Rat*. Das Verfahren war umständlich. Die aargauischen Aktivbürger, deren Zahl durch ein Zensuswahlrecht beschränkt wurde, hatten sich am 6. April in 48 Kreisen zu versammeln, um je einen Kandidaten aus ihrem Bezirk direkt zu wählen und je fünf Kandidaten mit Wohnsitz ausserhalb ihres Kreises zu bestimmen. Ein Anwärter auf einen Sitz konnte so mehrfach aufgestellt werden. Drei Tage danach ermittelte die Regierungskommission aus den Kandidatenlisten durchs Los 102 zusätzliche Ratsmitglieder. Von den Gewählten gehörten mindestens zwei Drittel zu den Altgesinnten. Ohne Zensus hätte die aristokratische Siegerpartei wohl noch mehr Erfolg gehabt, da ihr gerade die unteren, unbemittelten Schichten zugetan waren. Jedenfalls war die konservative Grundströmung unverkennbar. Was für den Kanton Aargau als Ganzes galt, bestätigte sich für den Bezirk Kulm besonders deutlich. Von den 14 Grossräten, die ihren Wohnsitz innerhalb des Bezirks hatten, zählten sechs zu den führenden Antirevolutionären, und der sechste war der Sohn eines solchen. Allen voran sind die drei Brüder May, Ludwig und Friedrich in Schöftland und Carl in Rued, zu nennen. Es spricht für die Beliebtheit der Brüder in der breiten Bevölkerung, dass sie in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen vorgeschlagen worden waren. Ludwig wurde denn auch sechsmal gewählt (in Schöftland direkt), jeder der beiden Brüder dreimal. Mit von der Partie war Ludwig Mays ehemaliger Platzkommandant in Aarau, Ludwig Rudolf Jenner, jetzt wohnhaft in Schöftland. Auch er durfte sich über eine Doppelwahl freuen. Von den siegreichen Landleuten gehörten Daniel Scheurer in Leutwil und wahrscheinlich auch Hans Rudolf Frey in Gontenschwil zu den Männern, die Unterstatthalter Speck wenige Wochen zuvor aus ihrer Gemeindebehörde gejagt hatte oder hatte jagen wollen, weil er sie für besonders antihelvetisch und gefährlich einstufte. Samuel Bolliger auf Rechten war der Sohn des gleichnamigen Antirevolutionärs. Nun hatten die Bürger diese Männer auf den Schild erhoben, während von Speck niemand etwas wissen wollte. Hingegen war unter den

Grossräten Samuel Specks zeitweiliger Rivale Jakob Gehret (Direktwahl im Kreis Kulm), ein trotz seinem Einsatz als helvetischer Beamter eben doch eher konservativ gesinnter Mann. Über die Einstellung der übrigen Kulmer Grossräte ist nichts überliefert. Auf jeden Fall aber war kein einziger der bekannten Patrioten unter ihnen. Es handelte sich um Johann Rudolf Merz von Menziken (mit dem gleichnamigen Agenten nicht identisch), Jakob Bolliger von Gontenschwil, Johann Rudolf Klaus von Walde, Jakob Härdi und Jakob Lüscher von Schöftland sowie Samuel Lüscher aus Holziken. Klaus, Härdi und Samuel Lüscher hatten längere oder kürzere Zeit in Munizipalitäten mitgewirkt, der letztgenannte als Präsident; Härdi war zudem vor der Revolution Untervogt gewesen, Klaus Gerichtssässe. Die übrigen Gewählen waren politisch unbeschriebene Blätter[91].

Ludwig May von Schöftland, der glänzend gewählte Grossrat, erlebte bald eine weitere Genugtuung. Als am 25. April das Parlament zusammentrat, um auch die Regierung, den *Kleinen Rat,* zu bestellen, war er einer der neun Auserkorenen. Übrigens hatte er sich noch vor den Grossratswahlen beeilt, die gewünschte Erklärung abzugeben, er werde seine politischen Rechte in keinem andern Kanton als dem Aargau ausüben. Aus realistischen Erwägungen hatte er seine Bern-Träume offensichtlich begraben. Einen ähnlichen Erfolg konnte Jakob Gehret verzeichnen, der ins neue kantonale Gericht, das *Appellationsgericht,* gewählt wurde. Er figurierte sogar beim Dreiervorschlag für den Gerichtspräsidenten; doch wurde ihm dann einer der andern Kandidaten vorgezogen[92].

Sobald sich die neue, mehrheitlich konservativ gesinnte Regierung konstituiert hatte, übertrug ihr die Regierungskommission die bisher ausgeübten Funktionen. Die Unterstatthalter in den Bezirken dagegen hatten noch eine Gnadenfrist. Die letzte Amtshandlung von Samuel Speck, die Übergabe des Archivs, erfolgte erst am 12. August. Auch sein Nachfolger wurde unter dem Titel eines Bezirks- oder *Oberamtmanns* eine Persönlichkeit von ganz anderer politischer Gesinnung. Es war der Aristokrat Carl Friedrich May von Rued[93].

Die Wahlen für die neuen Lokalbehörden, die *Gemeinderäte,* die ebenfalls im August stattfanden, wiesen im Bezirk Kulm ähnliche Tendenzen auf wie die Grossratswahlen im Frühling,. Da und dort wurden genau die Männer bevorzugt, die den helvetischen Behörden ein Dorn im Auge gewesen waren. In Zetzwil trat Hans Rudolf Stänz an die Spitze der Gemeinde, der 1798 vom Kantonsgericht verurteilt und seines Amtes als Munizipal verlustig erklärt worden war. In Schöftland wurde Ludwig Mays Freund Dietiker zwar nicht Ammann, aber doch erstgewählter Gemeinderat, und zum Ammann wurde sein Schwager, Samuel Lüthi, erkoren. In Oberkulm setzte sich als Gemeindeammann Lehenmüller Hans Jakob Huber durch, dessen Bruder Rudolf der Unterstatthalter im Frühjahr als untragbar erachtet hatte. In Beinwil war einer der neuen Räte, Hans Ulrich Eichenberger,

vermutlich mit dem dortigen Rädelsführer beim Aufstand von 1799 identisch. In Gontenschwil erschienen Daniel Haller und Hans Rudolf Frey, fünf Monate zuvor durch Statthalter Speck aus der Munizipalität gestossen, wieder auf der politischen Bühne. In Rued behaupteten die seinerzeit ebenfalls abgeschriebenen Heinrich Wullschleger und Hans Rudolf Maurer ihre Ämter. Rueder Ammann wurde Samuel Bolliger, Sohn des berühmt-berüchtigen Vaters gleichen Namens und bereits Grossrat. Umgekehrt hatte von den acht Leuten, welche der Unterstatthalter im März den Gemeinden Gontenschwil, Rued, Oberkulm und Leutwil aufgezwungen oder aufzuzwingen versucht hatte, keiner die geringste Chance. Nur vereinzelt machten ehemalige Patrioten das Rennen. In Schöftland bildete Kaspar Zehnder ein Gegengewicht zu Dietiker und Lüthi. In Gontenschwil nahm der liberal gesinnte Heinrich Erismann, der zu Beginn der Helvetik kurzfristig Munizipalpräsident gewesen war, im Gemeinderat Einsitz. In Birrwil, Zetzwil und Holziken sicherten sich die früheren Agenten ein neues Amt[94].

Wenn auch da und dort neue Gesichter auftauchten, einen personellen Erdrutsch lösten die Kulmer Gemeinderatswahlen gar nicht aus. Viele der gewählten Ratsmitglieder hatten schon während der Helvetik länger oder kürzer im Gemeindedienst gestanden. Von den eben genannten Persönlichkeiten waren nur gerade Bolliger und Dietiker als Gemeindevorsteher ganz neu. In den 16 Kulmer Gemeinden waren von total 61 Gemeinderäten mindestens 35 schon Mitglied der Munizipalität oder der Gemeindekammer oder allenfalls Agenten gewesen, 20 davon bis unmittelbar vor der jetzigen Wahl. Einzig in Teufenthal und auf der Burg hatten alle drei Räte neue Namen. In Menziken, Beinwil, Birrwil, Unterkulm und Holziken konnte umgekehrt das ganze Dreierkollegium auf frühere Gemeindedienste zurückblicken. In der grossen Gemeinde Rued gab es unter acht Ratsmitgliedern nur drei Neulinge*. Verschiedene Gemeindeammänner hatten zumindest zeitweise schon als Munizipalitätspräsidenten gewirkt, so Hans Rudolf Hintermann in Beinwil, Jakob Gloor in Birrwil, Samuel Lüscher in Holziken und Jakob Huber in Oberkulm. Der Birrwiler Jakob Gloor war ein geradezu zeitloses Behördemitglied: Er war unter der Berner Herrschaft letzter Gerichtsvogt gewesen, hatte während der ganzen helvetischen Zeit als Munizipalitätspräsident gedient und wurde jetzt als Gemeindeammann im Amt bestätigt. Auch der Dürrenäscher Friedrich Walti wies – wenn auch mit einem Unterbruch – eine dreigliedrige Karriere auf: Vom bernischen Vorgesetzten über den helvetischen Gemeindepräsidenten (1798–1800) bis zum Ammann durchlief er alle «Stationen». Ähnlich verhielt es sich mit fünf «altgedienten» Gemeinderäten im Ruedertal, die alle ebenfalls schon in

* Der eigentliche Gemeinderat der Gesamtgemeinde Rued umfasste nur drei Mitglieder. Dazu kamen fünf von den noch nicht vertretenen Dorfschaften separat gewählte «Beisitzer» (GdASchlossrued, Gemeinderatsprotokoll 1).

der bernischen Zeit ihr erstes Amt bekleidet hatten. Zwei von ihnen, Jakob Bolliger im Kläckli (helvetischer Gemeindekammerpräsident) und Jakob Häfeli von Schiltwald, trotzten ununterbrochen allen Stürmen. Was wir schon beim Übergang vom Ancien Régime zur Helvetik festgestellt haben, eine auffallende personelle Kontinuität bei den lokalen Behörden, gilt also für den Wechsel von der Helvetik zur Mediation nicht weniger[95].

Die *Huldigung* gegenüber der neuen Regierung und Verfassung wurde in der zweiten Septemberhäfte abgenommen, in Unterkulm von Regierungsrat Hünerwadel, an den übrigen Kreishauptorten des Bezirks vom neuen Oberamtmann May. Der Anlass ging anders über die Bühne als fünf Jahre zuvor vielerorts der Bürgereid. Ausser wenigen Kranken nahm jedermann teil. Doch hören wir den amtlichen Bericht: «Überall war bey den Allermeisten die Freüde und Zufriedenheit über die neü eingeführte Ordnung sichtbar, und sie beweiset das Vertrauen, das man in die neüe Regierung sezet. In allen Gemeinden ohne Ausnahm, wo die Huldigung aufgenommen wurde, kamen dem Herrn Bezirks-Amtmann May Abgeordnete entgegen, die ihn mit aller Feyerlichkeit empfingen und ihn in die Kirche begleiteten. Zu Gundischwyl, Lütwyl, Rued und Schöftland wurde derselbe mit Musik in Empfang genommen, und von der Anhöhe ließen sich aus größerem und kleinerem Geschüz Freüden-Schüße hören. ... Die Eidesprästation selbst dann gienge allenthalben mit dem grösten Anstand vor; bey allgemeiner Stille und Ehrfurcht wurde der Eyd von allen Anwesenden ohne einige Einrede noch Bemerkungen geleiset.»[96]

Rückblick und Ausschau

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, anhand möglichst vieler Einzelinformationen aufzudecken, wie die Gemeinden und die Bevölkerung des Bezirks Kulm die Zeit der Helvetik erlebten. Das Bild, das sich herauskristallisiert hat, trägt weitgehend negative Züge. Das liegt vordergründig sicher an der Besetzung unseres Landes durch die französische Armee und an den damit verbundenen materiellen, organisatorischen und zwischenmenschlichen Problemen, die oft kaum mehr zu bewältigen und zu ertragen waren. Es liegt aber ebensosehr am helvetischen System und der Regierungsweise seiner Vertreter selbst.

Misstrauen gegenüber den Neuerungen regte sich auf der aargauischen Landschaft von Anfang an. Nun ist allerdings eine solche Abwehrhaltung für den traditionsgebundenen Landbewohner von einst typisch. Aufgewachsen in der festgefügten kleinen Welt seines Dorfes, wo seine Familie vielleicht seit Generationen sesshaft war, hatte er für Änderungen wenig Sinn, schon gar nicht, wenn sie von aussen kamen. Doch fühlte sich damals der Landmann durch den Gang der Ereignisse in seinen Zweifeln bestätigt; den Behörden gelang es nicht, sein Vertrauen zu gewinnen.

Freiheit hiess das eine grosse revolutionäre Schlagwort. Was wurde davon für die Kulmer Bevölkerung tatsächlich spürbar? Die Bedeutung der von der Verfassung garantierten Freiheistrechte war für den durchschnittlichen Landbürger nicht nachvollziehbar. Die Glaubensfreiheit erwies sich in einer religiös praktisch noch einheitlichen Gesellschaft als belanglos. Erst recht nicht wirksam wurde die Pressefreiheit. Welcher Bauer schrieb schon in eine Zeitung, und wo war das Organ für seine bodenständig-konservativen Ansichten? Freie Meinungsäusserung existierte in Wirklichkeit ohnehin nicht (Pressezensur seit November 1798!)[97]. Missliebige Druckschriften wurden unterdrückt; Kritik an den helvetischen Behörden konnte zu harter Bestrafung führen. Vorteile für die Landbewohner barg die postulierte Handels- und Gewerbefreiheit; doch kam diese im Laufe der turbulenten fünf Jahre wenig zum Tragen, wenn wir davon absehen, dass eine Reihe neuer Wirtschaften konzediert wurde[98]. Wie es sich mit den hochgepriesenen Wahl- und Stimmrechten der Bevölkerung verhielt, haben wir mehrfach erfahren. Sie waren eher formeller Art, und die Entwicklung lief bis zur Abstimmungsfarce vom Juni 1802 (S. 257 ff.). Zwar hatte im Unterschied zu früher auch die Landbevölkerung Vertreter in den kantonalen Gremien, eine direkte politische Mitwirkung blieb aber den breiten Volksmassen genauso versagt wie im Ancien Régime.

Gleichheit hiess die zweite Parole der Revolution. Auch in diesem Bereich wurden Änderungen für die wenigsten Kulmer spürbar. Zwar verloren die Städte alte Vorrechte gegenüber der Landschaft, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet; doch gilt hier, was wir schon bei der Gewerbefreiheit angemerkt haben. In politischer Hinsicht kam für das Empfinden des Landbewohners Aarau eine beherrschende Rolle zu, weil von dort die Anordnungen und Befehle ausgingen, obwohl nicht von den städtischen Behörden. In den Gemeinden selbst profitierten die bisherigen Hintersässen von der Gleichstellung. Sie wurden zu vollberechtigten Bürgern, durften an den Gemeindeversammlungen teilnehmen und sich in kommunale Ämter wählen lassen. Doch waren sie in geringer Zahl; die Altbürger als überragende Mehrheit gewannen keine Rechte, die sie nicht schon zuvor gehabt hätten, und möglicherweise ärgerten sie sich erst noch, diese Rechte nun mit den Einsassen teilen zu müssen, auch wenn diese keinen Anspruch auf die Gemeindegüter (Wald) erhielten.

Auf lokaler Ebene wurden die Befugnisse der Gemeinden und ihrer Bürger infolge des helvetischen Zentralismus nicht erweitert, sondern im Gegenteil stark beschränkt (S. 43 f.). Die Einberufung einer Gemeindeversammlung stand nicht mehr im freien Ermessen der Gemeinde, und ihre Kompetenzen waren – zumindest theoretisch – auf Steuer- und Besoldungsfragen reduziert. Dazu kam die lästige Bevormundung durch den staatlichen Agenten. Der Bürger im Distrikt Kulm – und zweifellos nicht nur dieser – musste den Eindruck gewinnen, nicht mehr Rechte, nicht mehr

«Freiheit» zu haben als vor der Revolution, sondern entschieden weniger. Die Tendenz war zudem negativ, da sich die helvetischen Behörden immer autoritärer gebärdeten und insbesondere das zunächst freie Recht der Munizipalitätswahl beschnitten und schliesslich völlig missachteten.

Staatlich verordnete Feste – Bürgereid-, Verfassungsänderungs- sowie Siegesfeiern –, mit denen sich die Bevölkerung schwer identifizieren konnte, trugen nicht zur Festigung eines neuen Gemeinschaftsgefühls bei, sondern verschärften eher die Kluft zwischen Behörden und Volk. Dasselbe galt für die vorgeschriebenen Einheitsabzeichen (Kokarden) und für die Freiheitsbäume. Alle erzwungenen Sympathiebezeugungen für das angeblich freiheitliche System mussten nur das Gefühl verstärken, dass man vielfachen Zwängen unterstellt war.

Das einzige, was die Bauern halbwegs zu Freunden der Revolution hätte machen können, eine unentgeltliche oder günstige Ablösung der Grundlasten, wurde voreilig angekündigt, aber nicht gehalten. Zehnten und Bodenzinse blieben; staatliche Steuern gesellten sich dazu. Damit verscherzten sich die helvetischen Behörden, wenn auch ihrerseits Zwängen gehorchend, das Zutrauen der Landbevölkerung endgültig. Und die letzte Achtung verloren die Vorstreiter der Revolution dadurch, dass sie unter sich uneins waren, sich bekämpften, beschimpften und gegenseitig aus den Ämtern warfen.

Zu all dem hinzu kamen die Franzosen, kamen die Einquartierungen, die Auseinandersetzungen mit herrischen Offizieren und diebischen oder aufsässigen Soldaten, es kamen die nicht enden wollenden Fuhrdienste, die Lieferungen von Lebensmitteln und Pferdefutter, der Kriegsdienst für die Besetzer. Ein riesiges Ausmass nahmen die organisatorischen und die finanziellen Probleme an. Gemeinden und Bürger wurden über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus strapaziert, verschuldeten sich, verarmten.

Mancher Bürger gab die Schuld an all diesen Nöten ebenfalls den helvetischen Behörden und den hinter ihnen stehenden Patrioten, den «Franzosen», wie man sie verächtlich nannte. Denn diese hatten nach verbreiteter Meinung die fremden Soldaten in unser Land gerufen.

57 In einem Liktorenbündel gefangene Schweizer. Die zeitgenössische Karikatur bringt die Gefühle breiter Bevölkerungsschichten drastisch zum Ausdruck: «Freiheit», die einengt, ja erdrückt. Die Zeichnung erinnert an einen Freiheitsbaum; das Liktorenbündel für sich galt ebenfalls als Symbol des freiheitlichen Aufbruchs.

Wenn diese Sicht der Dinge auch überspitzt war, konnten die Revolutionsfreunde doch kaum leugnen, dass sie vor dem März 1798 mit französischer Hilfe beim Umsturz geliebäugelt hatten. Unschuldig waren sie hingegen am langen Verbleiben der Besetzungsarmee, an ihren unerfreulichen Auftritten, am Krieg fremder Mächte auf Schweizerboden. Doch die Anwesenheit der Franken an sich sorgte für Misstrauen und belastete das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Volk und Regierung schwer. Diese verschlimmerte die Situation zusätzlich, indem sie nicht davor zurückschreckte, französische Truppen zur Aufrechterhalttung der Ordnung einzusetzen.

Strapaziert wurde durch die schwierigen Umstände in der Helvetik auch die dörfliche Gemeinschaft. Rasch kam es vielerorts, gerade auch im Bezirk Kulm, zu einer unheivollen Spaltung. In schroffer Feindschaft stand die traditionsverhaftete Mehrheit den wenigen Revolutionsfreunden gegenüber. Wutaktionen, hinterhältige Anschläge blieben nicht aus. Die Angegriffenen wehrten oder rächten sich mit Denuntiationen. Bemerkenswerterweise hören wir aber in den späteren Jahren kaum mehr von Übergriffen gegen Dorfgenossen. Zwar gab es da und dort noch heftige Auseinandersetzungen wegen Steuerfragen; doch solche Streitigkeiten waren wirtschaftlich, nicht politisch motiviert und liessen sich beilegen. Die Einsicht reifte, dass man trotz unterschiedlicher Ansichten im gleichen Boot sass, dass es allen mehr brachte, wenn man sich gegenseitig leben liess.

Was die Gemeinden betrifft, lässt sich den Jahren der Not auch eine eindeutig positive Seite abgewinnen. Die turbulente Zeit förderte nicht nur die trotzige Selbstbehauptung der Gemeinwesen, sie enwickelte zugleich ihre Fähigkeit, Probleme anzupacken, mit ihnen fertig zu werden. Für die Aufgaben im Dienste der französischen Besetzungsarmee musste man immer wieder nach Lösungen suchen. Bei den Fuhrdiensten fanden sich die Kulmer Dörfer sogar zu einer geradezu modern anmutenden regionalen Zusammenarbeit, wie sie unter normalen Umständen nicht zustande gekommen wäre. Alles in allem liess die schwierige Zeit der Helvetik die Gemeinden innerlich erstarken. Erfreulicher wird der Anlass zu dieser Entwicklung damit freilich nicht.

Wir haben mit unserer zusammenfassenden Wertung das Bild der Helvetik aus ländlicher Sicht gezeichnet, ein bedrückendes, beelendendes Bild. Wir sind uns dabei bewusst, dass unsere Vorfahren im Bezirk Kulm nur das zu sehen vermochten, was von den revolutionären Ideen umgesetzt wurde, und auch das nicht alles. Positive Neuerungen wie die Abschaffung der Folter hatten für sie vorwiegend theoretische Bedeutung und trösteten nicht über die Alltagsschwierigkeiten hinweg. Von den zukunftsweisenden Bestrebungen hervorragender Persönlichkeiten, etwa auf dem Gebiet des Schulwesens oder der Armenfürsorge, wurde in ihren Stuben wenig vernommen. Infolge Geld- und Zeitmangels kam ja auch manches nicht über das Planungsstadium hinaus.

Die Reaktion von 1803, wo der Bezirk Kulm – wie weite Teile der übrigen Schweiz – die Altgesinnten auf den Schild erhob, war folgerichtig. Doch wurde nicht alles Revolutionäre für immer verschüttet. Anzeichen einer Neubesinnung zeigten sich bald. Die Kulmer Bevölkerung erholte sich nach und nach von den Erschütterungen. Mit nachlassendem Druck wurde sie offener, vergass manches, liess Vorurteile personeller Art fallen. Die Gefahr, dass Reformfreunde allzuviel bewegten, war vorderhand ohnehin gering. Neue Wahlen machten die veränderte Haltung deutlich. Während ehemalige Patrioten 1803 bei der Bestellung des Grossen Rates und der emeindebehörden meist chancenlos geblieben waren, kehrte wenige Jahre später mancher aufs politische Parkett zurück. Schon 1808 hielten Leute wie Samuel und Johann Jakob Fischer in Reinach, Hans Rudolf Haller und Hans Rudolf Steiner in Gontenschwil, Hans Spirgi in Unterkulm und der ehemalige Bezirksrichter Lüthi in Schöftland Einzug im Grossen Rat. Zu ihnen gesellten sich sogar alt Unterstatthalter Samuel Speck und sein Bruder Rudolf in Leimbach. Dafür verschwanden die Gebrüder May und Ludwig Jenner aus dem Rat. Als Oberamtmann im Bezirk Kulm hielt sich Carl May allerdings noch bis 1815. Dann wurde er von Samuel Speck abgelöst, der damit praktisch seine frühere Stellung im Bezirk zurückerhielt, eine besondere Genugtuung für den verdienten Mann. In den lokalen Behörden scheinen die Änderungen etwas langsamer vor sich gegangen zu sein. Doch wurde beispielsweise in Reinach der liberal gesinnte Johann Jakob Fischer schon 1805 Gemeinderat und zwei Jahre später sogar Gemeindeammann. Länger warten musste in Menziken der einstige Agent Hans Rudolf Merz; doch 1816 fand auch er an einer Gemeinderatswahl bei seinen Mitbürgern Gnade[99]. So wurde im regionalen Bereich ganz allmählich der Boden für die spätere tatsächliche Umgestaltung im Kanton und letztlich in der Eidgenossenschaft vorbereitet. In unserem Land musste das Neue von unten her wachsen, nicht von oben aufgesetzt werden.

Hüten muss sich der Historiker vor der Versuchung, auf Grund der nachwirkenden Impulse die Zeit der Helvetik selber in einem verklärten Licht zu sehen. Die damaligen Kulmer würden sich gegen eine solche Sicht der Dinge vehement wehren, wenn sie es tun könnten. Das Experiment der Helvetik war gescheitert, kläglich und eindeutig, nicht nur in den Augen der Kulmer. Angesichts der misslichen Zeitumstände und falscher Rahmenbedingungen hatten die Früchte der Revolution nicht zu reifen vermocht. Was einmal gepflanzt worden war, liess sich aber auf die Dauer nicht zurückbinden. Spätere Zeiten hielten neues Wachstum und reiche Ernte bereit. Von der Helvetik führt eine gerade Linie zur Bundesverfassung von 1848 und zur modernen Schweiz. In der Helvetik liegen zudem die Wurzeln des Kantons Aargau und mit ihm die des Bezirks Kulm.